Dienstag, 24. Januar 1928
10. Jahrgang Nummer 20

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifband 2,50 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme i. d. Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

Hauptexpedit.: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ohle 4719. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ring 6337. Sprechzeit der Redaktion: von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 26. Telephon 1065. Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2384. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peubag"-Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Das Reichsmarineamt als Waffenschmuggler

(Eig. Drahtb.) Berlin, 24. Januar.

Die Untersuchung in der Kieler Waffenschmuggelaffäre ist keinen Schritt weitergekommen. Die Polizei kann angeblich nichts entdecken. Jetzt lüftet das „Berliner Tageblatt" ein wenig den Schleier und zeigt, wer hinter der dunklen Sache steht. Nach seinen Mitteilungen soll für die Verschiebung der 17 Waggons Gewehrpatronen ein aktiver Oberleutnant Proße und ein Oberregierungsrat Beuster von der Seetransportabteilung der Marineleitung (!) verantwortlich sein. Die Schiebung sei „im Interesse der Landesverteidigung" geschehen. Oberregierungsrat Beuster habe in Kiel über den freien Durchgang der Munitionssendung verhandelt, die dann durch eine zufällige Revision irrtümlicherweise entdeckt wurde.

Vom Tage

In Berlin wurde die Gründung eines „Völkischen Kampfblocks", der sämtliche faschistischen Splitterorganisationen umfaßt, vollzogen.

Der Freiherr v. Kerkerink, der Präsident des Verbandes Deutscher Bauernvereine, muß jetzt zugeben, daß er als echter Prozentpatriot einen größeren Besitz in der Nähe der dänischen Grenze an einen meistbietenden Ausländer verkauft hat.

Thälmann ausgewiesen!

Die österreichische Regierung gegen den RFB.

Der Berliner Delegation des RFB., die über die Tschechoslowakei nach Wien zum ersten Reichskongreß des österreichischen Roten Frontkämpferbundes am Freitagabend abgefahren ist, wurde die Einreise nach Wien unmöglich gemacht. Die Delegation, darunter Genosse Thälmann, wurde an der Grenze festgehalten und mit dem nächstfahrenden Zug Wien—Berlin wieder abgeschoben.

Nach der Ausweisung des Kameraden Olbrisch aus Oesterreich ist dies die zweite Aktion der Seipel-Regierung gegen eine enge Verbindung des RFB. in Oesterreich und Deutschland. Die letzten Berichte aus Wien zeigen, trotz aller Schikanen der Seipel-Regierung, ein unaufhaltsames Wachsen des RFB. in Oesterreich, der heute schon zu fast 50 Prozent aus sozialdemokratischen Arbeitern besteht.

Diese Ausweisung der RFB.-Kameraden illustriert treffend, daß die österreichische Bourgeoisie auf alle „großdeutschen" Phrasen pfeift, wenn es gilt, revolutionäre Arbeiter auszuweisen.

Geständnisse eines Versackungspolitikers

Ein Separatistenprozeß in Köln

In Köln findet ein Prozeß statt, der die Separatistenpolitik des Jahres 1923 wieder einmal ans Licht zieht. Es handelte sich um eine Klage des rheinischen Provinziallandtagsabgeordneten Dr. Limbourg gegen den Kölner „Stadtanzeiger", der ihn der Begünstigung des Separatismus beschuldigte. Als Zeugen marschierten eine ganze Reihe von bekannten Separatisten und, was das interessanteste ist, auch einige Verfechter der sogenannten Versackungspolitik, die nichts als verkappter Separatismus war, auf. Oberbürgermeister Jarres, der im Herbst 1923 Reichsminneninister war, und als solcher zusammen mit führenden rheinischen Politikern, insbesondere aus der Zentrumspartei, für die Versackungspolitik eintrat, die in der Konsequenz auf die Abtrennung des Rheinlandes vom Reiche abzielte, versuchte durch vernichtende Aussagen gegen Limbourg die Rolle, die er selbst und die anderen Versacker, wie der Kölner Oberbürgermeister Adenauer und der Zentrumsbankier Hagen, während des Ruhrkampfes gespielt haben, zu vertuschen. Er mußte aber im Zusammenhang mit seinen Aussagen gegen Limbourg manche Dinge berühren, die ihn selbst kompromittierten. So die Verhandlungen führender rheinischer Politiker mit dem französischen Besatzungskommissar Tirard, die hauptsächlich von Louis Hagen betriebene Gründung einer rheinischen Währungsbank, die nichts anderes als ein Auftakt zur Abtrennung des Rheinlandes gewesen wäre.

Der Verlauf dieses Prozesses, der sachlich zwar ohne jede Bedeutung ist, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Vorgänge des Jahres 1923, die bis heute noch nicht restlos aufgeklärt sind.

Reformistische Hetze in Mitteldeutschland

Halle, 24. Januar. (Eig. Drahtb.) Der wachsende Einfluß der Gewerkschaftsopposition, der sich insbesondere darin ausdrückt, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer in den letzten und zurzeit stattfindenden Arbeitskämpfen sich immer mehr den Vorschlägen der Opposition zur Führung des Kampfes beugen müssen, veranlaßt die reformistischen Führer zu einer maßlosen Hetze gegenüber den Führern der Opposition, den Kommunisten. Wie bereits bekannt, hatten die reformistischen Führer des DMV. im mitteldeutschen Metallarbeiterkampf auf einer Bezirkskonferenz in Köthen eine Resolution annehmen lassen, die sich „gegen die Einmischung der politischen Parteien in die Gewerkschaftskämpfe" aussprach. Jetzt hat die Zentralstreikleitung nach dem Aussperrungsbeschluß der mitteldeutschen Metallindustriellen heute einen Aufruf an die streikenden Metallarbeiter erlassen, in dem die reformistischen Einpeitscher der Zentralstreikleitung sich wiederum in ganz gemeiner Art und Weise gegen die Opposition und die Unterstützung der streikenden Metallarbeiter durch überparteiliche „Arbeiterhilfe" wenden. Die Arbeiter lassen sich durch diese Hetze nicht beirren und **setzen den Streik siegesbewußt fort.**

*

Stärkung der Opposition in den Berliner Konsumgenossenschaften

Berlin, 24. Januar. (Eig. Drahtb.) Bei der Wahl in den Berliner Verteilungsstellen des Konsumvereins konnte die Opposition 34 bis 38 Prozent der Stimmen erringen. Damit ist die Dreiviertelmehrheit der Sozialdemokratischen Partei gebrochen, die SPD. kann nicht mehr unumschränkt, wie bisher, alle Statutenänderungen einfach diktieren, sondern ist wieder auf die Zustimmung der Opposition angewiesen.

*

Schlichtungsverhandlungen in der Großeisenindustrie

TU. Berlin, 23. Januar. Wie der „Deutsche Handelsdienst" erfährt, finden die Verhandlungen über die bekannten Umrechnungsfragen im Lohnausgleich der deutschen Großeisenindustrie am 24. Januar unter dem Vorsitz des Schlichters Joetten in Essen statt.

Französische Kommunisten erneut verurteilt

Paris, 23. Januar.

Wegen Beleidigung von Militärpersonen wurde der Geschäftsführer der „Humanité" zu zwei Monaten Gefängnis, 300 Franken Geldstrafe und 5000 Franken Schadenersatz verurteilt. Wegen desselben Vergehens wurde der kommunistische Abgeordnete Gautier in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer eines kommunistischen Blattes in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe und zu Schadenersatz verurteilt.

Reichstagskandidaten der ASP.

Berlin, 24. Januar. (Eig. Drahtb.) Unter dem Druck des sozialdemokratischen Parteivorstandes hat der Bundesvorstand des Reichsbanners die „Altsozialdemokratische Partei Sachsens als nichtrepublikanische Partei erklärt. Diese fordert daraufhin ihre Mitglieder zum Austritt auf und beschloß Aufstellung von eigenen Reichstagskandidaten.

Justiz für Rubinstein gegen Piscator

Berlin, 24. Januar. (Eig. Drahtb.) Das Berliner Landgericht hat Piscator verboten, den früheren russischen Bankier, Kommerzienrat Dimitri Rubinstein, auf die Bühne zu bringen.

Die Etatsberatung im Reichstag

Von Fritz Rück.

Man merkt es des Deutschen Reiches Finanzminister etwas zu deutlich an, daß seine Versetzung aus dem „Kanton Badisch" nach der Spree mit keiner dem Wechsel der Aufgabe entsprechenden Erweiterung seines Horizonts verbunden war. Fröhlich und gesund, wie er ist, spielt er den Optimisten, und die Tatsache, daß auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite des Etats dieselben Zahlen stehen, verleitet ihn zu der Ueberzeugung, daß alles in diesem Reiche für die deutsche Bourgeoisie aufs beste geordnet sei. In Wirklichkeit sieht es anders aus.

Der Haushaltsplan für 1928 enthält zwei wichtige Tatsachen: erstens den Nachweis, daß die inneren Widersprüche des deutschen Kapitalismus im starken Wachsen begriffen sind; zweitens den Versuch der Bourgeoisie, diese Widersprüche durch stärkste Belastung der werktätigen Massen zu überwinden, was eine weitere Verschärfung der politischen Gegensätze bewirken muß.

Die Aufgaben des Reiches lassen sich in vier Gruppen zusammenfassen: a) Kosten des verlorenen Krieges, b) Kosten des deutschen Partikularismus, c) Sozialetat, d) Kosten des Staatsapparates. Es ist zur beliebten Methode der jeweiligen Finanzminister und der bürgerlichen Parteien geworden, die Kosten des verlorenen Krieges als Entlastung der gesamten Finanz- und Wirtschaftspolitik der deutschen Bourgeoisie anzuführen. In Wirklichkeit sind diese Schuldtitel die stärkste Anklage gegen die imperialistische Politik der Bourgeoisie nicht nur von gestern, sondern auch von heute und morgen. Das deutsche Proletariat muß den verlorenen Krieg und die verlorene Revolution jährlich mit Milliarden neu bezahlen, so wie es mit dem Blute seiner Besten, mit Jahren des Elends und der Unterdrückung bezahlt hat. An Reparationszahlungen, inneren Kriegslasten, Pensionen und Kriegsbeschädigtenrenten enthält der Etat für 1928 die Summe von 3219,6 Millionen Mark. Dazu kommt noch eine weitere Milliarde an Verzinsung und Tilgung der deutschen Reichsbahn-Schuldverschreibungen, die nicht im Etat erscheint, aber als finanzielle Belastung bei der Gestaltung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse in stärkstem Maße in Erscheinung tritt. Rund viereinhalb Milliarden Mark jährlich muß die deutsche Bourgeoisie an historisch entstandenen Schuldtiteln bezahlen, das bedeutet den stärksten Stachel zur weiteren Rationalisierung, den Antrieb zur weiteren monopolistischen Organisation der Produktion und Beherrschung des Marktes, den Willen und Zwang zur höchstmöglichen Steigerung der Ausbeutungsrate. Das Jahr 1928, das eine Erhöhung der Kriegslasten um über eine Milliarde bringt, wird den schärfsten Druck auf Löhne und Arbeitszeit, anhaltende Preissteigerungen, eine Offensive der Unternehmer auf der ganzen Linie bringen. Im Etat selbst kommen diese Konsequenzen ebenfalls zum Ausdruck, der Druck auf die Lebenshaltung der arbeitenden Massen zeigt sich darin, daß die Einnahmen aus Steuern und Zöllen mit 942 Millionen Mark höher eingesetzt sind, als im Vorjahre. Diese Einschätzung basiert auf der Erwartung eines Anhaltens der guten Konjunktur, sollte dieser fromme Wunsch nicht in Erfüllung gehen, so wird die deutsche Bourgeoisie den Versuch machen, die Steuerschraube weiter anzuziehen, neue Steuern zu beschließen und die Zölle weiter zu erhöhen.

Hier zeigt sich einer der tiefsten und schwersten Widersprüche der Wirtschafts- und Finanzpolitik der deutschen Bourgeoisie. Das Hauptproblem, vor dem sie heute steht, ist die Notwendigkeit der gewaltigen Erweiterung des auswärtigen Absatzmarktes. Der nach der Rationalisierung erfolgte Aufschwung, die sogenannte „gute Konjunktur", die am besten durch die Tatsache charakterisiert wird, daß es nicht gelang, die Erwerbslosenarmee zu beseitigen, basierte vorwiegend auf der Stärkung des Innenmarktes. Jetzt naht der Zeitpunkt, wo dieser innere Markt an Aufnahmefähigkeit einbüßt, der Produktionsapparat ist rationalisiert, erneuert und erweitert, die Steigerung des Auslandsabsatzes wird zum entscheidenden Problem. Dazu kommt, daß über zwei Milliarden Mark der Kriegskosten an die Reparationsgläubiger zu leisten sind, was zum Ausgleich der Zahlungsbilanz ebenfalls eine erhebliche Steigerung der Ausfuhr erfordert. Der Ausfuhrsteigerung steht als stärkstes Hemmnis entgegen der internationale Konkurrenzkampf und das internationale Schutzzollsystem. Zwar hat die Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes einen Abbau der Schutzzölle gefordert, aber am Genfer See sind Resolutionen und Phrasen billiger als Schweizer Schokolade. Die deutsche Bourgeoisie vermag ihren Etat nur zu balancieren durch höhere Zolleinnahmen; sie hat den Abschluß des Handelsvertrages mit Jugoslawien zu einer Zollsteigerung benutzt und auch die

Industriezölle sind im weiteren Aufbau begriffen, wie die Vorlage zugunsten der Automobilindustrie beweist. Dazu kommt das in der Etatsdebatte immer wieder gesungene Lied von der Notlage der Landwirtschaft, dessen Refrain neben Krediten und Subventionen an die Großagrarier regelmäßig neue, höhere Agrarzölle zu bilden pflegt. Auch auf diesem Gebiet ist es wie bei der Abrüstung: jeder hält große Reden über ihre Notwendigkeit und fordert, der andere solle anfangen, während man selbst zu Hause neue Panzerkreuzer baut.

Die Belastung des deutschen Etats durch die Kosten des verlorenen Krieges übt einen wachsenden Zwang auf die deutsche Bourgeoisie aus, an anderen Stellen des Staatsapparates zu versuchen, Geld zu sparen. Beim Sozialetat ist dies bis zur äußersten Möglichkeit durchgeführt, er beträgt einschließlich der Kosten der Erwerbslosenfürsorge noch nicht einmal eine halbe Milliarde, neben der Tatsache, daß die Massensteuern etwa 75 Prozent der gesamten Steuereinnahmen ausmachen, ist diese Zahl der gravierendste Ausdruck der Herrschaft des Bürgerblocks in Deutschland, der Lastenverteilung zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Hier ist also nichts mehr zu holen. An die Einschränkung der Ausgaben für Erhaltung und Festigung des staatlichen Verwaltungs- und Unterdrückungsapparats, die rund zweieinhalb Milliarden Mark betragen, denkt die Bourgeoisie gleichfalls nicht. Sie hat die neue Beamtenbesoldungsordnung durchgeführt in der Absicht, sich damit ein williges Werkzeug zur Aufrechterhaltung und Ausübung der Macht zu sichern, sie hat die obere Beamtenhierarchie gestärkt, die mittleren Beamten nach standesmäßigen Gesichtspunkten gegliedert, und die unteren Beamten in ihrer elenden Wirtschaftslage belassen, wobei die Pensionsberechtigung die Rolle des Stricks spielt, der auch diese „Diener des Staates" an der Krippe hält. Große Einsparungen sind hier nicht zu machen, die Reichswehr dagegen, als das etwas verkrüppelte, aber immer größere Appetite entwickelnde Werkzeug der imperialistischen Macht- und sozialen Unterdrückungspolitik, kostet von Jahr zu Jahr mehr.

Bleibt noch die letzte große Gruppe der Staatsausgaben, die Ueberweisungen an Länder und Gemeinden, die im Etat mit der beträchtlichen Summe von 3217,8 Millionen Mark aufmarschieren. Die deutsche Krähwinkelei, der Partikularismus, sind ein kostspieliges Vergnügen und der Bourgeoisie dämmert die Erkenntnis, daß ein Land wie Deutschland sich den Luxus seiner 26 Vaterländer auf die Dauer nicht gestatten kann. So ist denn neben der Verwaltungsreform, die im Abbau einiger überflüssiger Finanzämter in Bayern besteht, die Zentralisation und Schaffung des Einheitsstaates zum meistbenutzten und breitgewalzten Schlagwort der Etatsdebatte geworden. Aber es blieb ein Schlagwort.

Man wußte auch schon vor dieser Debatte, was sie erneut bestätigt hat: die deutsche Bourgeoisie ist unfähig, die Frage der Staatsvereinfachung vom bürgerlichen Standpunkt aus zu lösen. Man wird einige Schönheitsfehler korrigieren, Enklaven einziehen, unter dem Druck des Reichsverbandes der Deutschen Industrie den Finanzausgleich zugunsten des Reiches abändern, nach den nächsten Wahlen versuchen, den Doppellauf der Verwaltung und Regierung zwischen Preußen und dem Reich einzuschränken. Aber schon bei dem Versuch einer Lösung dieser Fragen beginnen die politischen Schwierigkeiten der Bourgeoisie über den Kopf zu wachsen. Was die deutsche Bourgeoisie 1848 versäumte und 1919 in Weimar nicht zustande brachte, wo sie unter dem Drucke der noch nicht völlig daniedergeschlagenen revolutionären Bewegung stand, das vermag sie heute noch viel weniger zu vollbringen, und sowohl die Bürgerblockregierung wie eine Regierung der Großen Koalition, mit oder ohne Herrn Severing, wird sich an dieser harten Nuß die Zähne ausbeißen. Die Stärkung der partikularistischen Kräfte war eine der Quellen des Sieges der Konterrevolution, heute, wo die Interessen der Trustbourgeoisie eine stärkere Zentralisierung des Machtapparates und eine Verbilligung der Verwaltungsmaschine verlangen, ist keine Macht vorhanden, die diese Aufgabe durchführen könnte. **Die Basis der deutschen Bourgeoisie ist heute bereits so morsch, daß sie unfähig ist, Reformen durchzuführen, die eine größere Kraftanstrengung und Ueberwindung einander widerstrebender Gegensätze im eigenen Lager bedingen.** Und was die Sozialdemokratie auf diesem Gebiet zu leisten vermag, das zeigte der zwischen Preußen und Hamburg ausgetragene Redekrieg.

Was in dieser Etatsdebatte im Reichstag von bürgerlicher und kleinbürgerlicher Seite noch zum Vorschein kam, zeigt nur die völlige Verlotterung dessen, was man den deutschen Parlamentarismus zu nennen pflegt. In der Betrachtung des Etats selbst keine tiefer dringenden Sondierungen oder weitschauenden Gesichtspunkte, sondern öde Kannegießerei über einzelne Etatspositionen, kritische Bemerkungen, die größtenteils in die Beratung der verschiedenen Spezialetats gehörten. Nach demselben Maßstab wurden auch die politischen Fragen behandelt, kleine Mätzchen, wie das Geschwätz des Innenministers Keudell auf der Landbundstagung in Pommern, die Frage des preußischen Vertreters im Verwaltungsrat der Reichsbahn u. a. wurden zu Staatsaktionen aufgebauscht.

Die Devise ist auf finanziellem wie politischem Gebiet: es wird weitergewurstelt! Weitergewurstelt wie in der Vorkriegszeit, wo die deutsche Bourgeoisie in ihrem eben erwachten imperialistischen Appetit sich in die Sackgasse eines aussichtslosen Krieges hineinmanövrierte, weitergewurstelt wie während des Krieges, weitergewurstelt wie nach der Niederwerfung der revolutionären Bewegung 1918/19. Die Tatsache, daß die deutsche Bourgeoisie unfähig ist, die dringendsten und wichtigsten Aufgaben, die auf der Linie des historischen Fortschritts liegen, auch nur in Angriff zu nehmen, viel weniger, daß sie sie lösen könnte, ist der beste Beweis dafür, daß es für sie keinen Ausweg gibt aus der Sackgasse, daß sie nicht imstande, die inneren Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates aufzuheben oder abzuschwächen, daß sie diese Widersprüche verstärken und zuspitzen muß bis zu ihrer Aufhebung durch die proletarische Revolution.

Reichstagsbericht

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 24. Januar.

Vor der Fortsetzung der allgemeinen Aussprache verlangt Genosse Stoecker, daß die Untersuchungsdenkschrift des Reichskommissars Sämisch über die Phoebus-Angelegenheit dem Reichstage vorgelegt werde. Präsident Löbe gibt dazu bekannt, daß in einer besonderen Vorlage zum Nachtrag die Mittel angefordert wurden, die an die Phoebus-Gesellschaft gegeben worden sind.

Nach den Ausführungen des Abgeordneten Seiffert (Sparerbund) spricht für die „linken Kommunisten" Ruth Fischer: Severing schmiere sich an die Bourgeoisie und Thälmann an die SPD. an. Gleichzeitig macht sie solche Verbeugungen vor der linken SPD., deren Führern sie bescheinigt, sie führten einen Kampf gegen die Große Koalition, daß man mit ihren Worten feststellen kann, Ruth Fischer schmiert sich bei der linken SPD. an.

Reichsfinanzminister Köhler beurteilt im Gegensatz zu seiner Eingangsrede am Schluß der Debatte die Wirtschaftslage pessimistischer. Die Steuerschätzungen für 1928 seien absolut gut fundiert. Der gesamte Etat sei scharf gefaßt worden, da ein Ueberschußetat vermieden werden müsse. Trotz der Kritik sind keine Abstriche bei den Ausgaben erhoben worden. Er hofft, daß die von der Länderkonferenz geschaffenen Ausschüsse gute Arbeit leisten werden.

Keil (SPD.) polemisiert gegen den württembergischen Staatspräsidenten Bazille, dem er undeutsches Verhalten vorwirft. Der Föderationsstaat existiert längst nicht mehr. (!) Reichskanzler Marx habe bei der Besprechung der Vertreterfrage im Verwaltungsrat der Reichsbahn die Rolle des Greises gespielt, der sich nicht zu helfen weiß. Außenpolitisch verlangt die Sozialdemokratie eine geradlinige Fortsetzung der Verständigungspolitik.

Quaatz (Dtn.) verlangt die Rationalisierung der Verwaltung, vor allem des Apparats der Kranken- und Sozialversicherung. Die Sozialdemokratie ist heute, wenn man die Floskeln wegläßt, keine rein republikanische und auch keine unitaristische Partei. In Wirklichkeit ist Herr Braun der umgekehrte Heydebrand, er möchte der ungekrönte König von Preußen sein. Der Dawesplan macht es uns unmöglich, das Verhältnis zwischen Reich und Ländern im Finanzausgleich zu lösen.

Unter dem Verdacht des Fememordes

TU. München, 23. Januar. Auf Veranlassung der Stettiner Staatsanwaltschaft ist der ledige Kaufmann Edmund Heines, der ein Angehöriger des Bundes Roßbach war, gestern in Schongau am Lech verhaftet und heute nach Stettin abtransportiert worden. Heines ist verdächtig, den im Sommer 1920 auf einem pommerschen Gut an einem Angehörigen des Roßbach-Bundes begangenen Mord angestiftet zu haben.

Terror-Polen

Todesurteil gegen Arbeitslose. — Kommunistische und ukrainische Demonstrationen.

Lodz, 23. Januar. Der eine der beiden Arbeitslosen, die im vorigen Jahre den Stadtpräsident von Lodz, Cunarski, ermordet haben, ein gewisser Rydzewski, wurde vom Schwurgericht zum Tode durch den Strang verurteilt. Das Verfahren gegen den Mittäter Walaczak war abgetrennt worden und wird im Laufe dieser Woche stattfinden.

TU. Warschau, 23. Januar. In Sosnowice kam es gestern zu kommunistischen Unruhen. Einige tausend Demonstranten durchzogen lärmend und mit Fahnen die Straßen und mußten von der Polizei zerstreut werden, wobei es zu heftigen Zusammenstößen mit Polizei und Demonstranten kam. Eine Anzahl der Rädelsführer wurde verhaftet. In Lemberg kam es zu Demonstrationen der ukrainischen Studentenschaft gegen das Polizeiverbot der öffentlichen Versammlungen. An der Demonstration beteiligten sich große Teile der Bevölkerung.

Mexikos Vorstoß in Havanna abgelehnt

TU. Neuyork, 24. Januar. Der von der mexikanischen Delegation auf der panamerikanischen Konferenz eingebrachte Vorschlag auf Reorganisierung der panamerikanischen Union zuungunsten von Amerika ist von den Rednern sämtlicher an der Konferenz teilnehmenden Delegationen als unzweckmäßig abgelehnt worden. Damit ist der mexikanische Vorschlag erledigt.

Kleine politische Nachrichten

10 000 schwedische Grubenarbeiter streiken. — TU. Stockholm, 24. Januar. Fast sämtliche Grubenarbeiter Schwedens, ungefähr 10 000 Personen, sind in den Streik getreten. Die Vermittelungsaktion, die sich wegen der verwickelten Lage bis zur nächsten Woche hinziehen dürfte, wird am heutigen Dienstag eingeleitet.

USA.-Truppen in Nikaragua auf dem Vormarsch. — TU. Neuyork, 24. Januar. In Nikaragua befinden sich 1000 amerikanische Marinesoldaten auf dem Vormarsch gegen Sandino, der zweifellos noch am Leben ist. Die Truppen sollen der Revolution den letzten Todesstoß versetzen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Wiewald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Fritz Dendrosch, MdL., Gleiwitz. Für Inserate W. Gerber, Breslau.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

26

Ihre ganze Geschichte bestand in einer glühenden, ihnen selbst lange unbewußt gebliebenen Zärtlichkeit, dann in einem gänzlichen Bruch, als ob sie gestorben wären, obgleich sie nebeneinander lebten. Sie sahen jetzt im Geiste die armselige Wohnung wieder, in der die ältere Schwester sich abmühte, durch ihre Unterrichtsstunden ein wenig Wohlbehagen zu schaffen, die armselige Wohnung, von der man fortgezogen war, um nach Lourdes zu gehen, allerdings nach vielen Kämpfen und Beratungen, nach den von seiner Seite ausgesprochenen Zweifeln und ihrem leidenschaftlichen Glauben, welch letzterer schließlich den Sieg davongetragen hatte. Und nun war es wirklich köstlich, sich so ganz allein wiederzufinden in diesem finsteren Winkel, in dieser bewunderungswürdigen Nacht, in der es auf Erden ebenso viele Sterne gab wie am Himmel.

Marie hatte sich bisher die Seele eines kleinen Kindes, die beste und reinste Seele, eine fleckenlose Seele, wie ihr Vater sagte, bewahrt. Sie war mit dreizehn Jahren von der Krankheit befallen und seitdem nicht mehr älter geworden. Heute mit ihren dreiundzwanzig Jahren zählte sie immer erst dreizehn; denn vom Augenblick der Katastrophe an, die sie darniederstreckte, war sie ein in sich selbst gekehrtes, kindliches Wesen geblieben. Man sah das an ihren unbeweglichen Augen, ihrem zerstreuten Gesichtsausdruck, an der Miene einer beständigen Vertraulichkeit, an der Unfähigkeit, etwas anderes zu wollen. Keine Frauenseele war argloser als die ihrige, die, in ihrer Entwicklung gehemmt, die Seele eines sittsamen, heranwachsenden Mädchens geblieben war, bei dem die erwachende Leidenschaft sich mit innigen Küssen auf die Wangen begnügte. Sie hatte keinen anderen Roman erlebt, als den Abschied, den sie unter Tränen von ihrem Freunde nahm, und das reichte hin, ihr das Herz seit zehn Jahren auszufüllen. Während der endlosen Tage, die sie auf dem Krankenlager zugebracht, war sie nie wieder in ihrem Traum gegangen, als daß sie dachte, wenn sie gesund geblieben, wäre er ohne Zweifel kein Priester geworden, sondern hätte mit ihr gelebt. Nie las sie einen Roman. Die frommen Bücher, die man ihr gestattete, erhielten sie in der Begeisterung für eine übernatürliche Liebe. Sogar die Geräusche der Außenwelt verhallten an der Türe des Zimmers, in dem sie klösterlich eingeschlossen lebte. Und wenn man sie bisweilen von einem Ende Frankreichs zum andern, von diesem Badeort in jenen brachte, so ging sie durch die Volksmassen wie eine Nachtwandlerin, die nichts sieht und hört, sondern nur von der fixen Idee beherrscht wird, daß sie das Band verloren hat, das sie mit ihrem Geschlecht verknüpfte. Daher diese Reinheit und Kindlichkeit, und so wurde sie zu dieser verehrungswürdigen Tochter des Leidens, die, herangewachsen in ihrem kläglichen Fleisch, von Liebe nichts wußte und in ihrem Herzen nur das entfernte Dämmern ihrer dreizehn Jahre bewahrte.

Die Hand Mariens suchte im Finstern die Pierres. Als sie diese, die der ihrigen entgegenkam, gefunden hatte, da hielt sie sie lange fest. O welche Freude! Nie hatten sie eine so reine und vollkommene Freude gekostet, fern von aller Welt, in diesem höchsten Reiz des Schattens und des Geheimnisses derart beisammen zu sein! Um sie herum bewegten sich nur noch die kreisenden Lichtersterne. Der Wiegengesang selbst trug sie wie auf Flügeln in schwindelnde Höhen empor. Marie wußte wohl, daß sie am folgenden Tage geheilt würde, wenn sie eine Nacht der Begeisterung vor der Grotte zubrachte; sie war völlig überzeugt davon, daß sie sich der heiligen Jungfrau verständlich machen und dieselbe erweichen würde, sobald sie sich allein, von Angesicht zu Angesicht mit ihr befände, um sie anzuflehen. Die Kranke verstand auch genau, was Pierre vorhin damit hatte sagen wollen, als er den Wunsch ausdrückte, gleichfalls die ganze Nacht vor der Grotte zu verweilen. War er nicht entschlossen, eine letzte Anstrengung um seinen Glauben zu machen, wie ein kleines Kind niederzuknien, um die allmächtige Mutter zu bitten, ihm den verlorenen Glauben wiederzugeben? Ohne daß sie davon zu reden brauchten, trat ihnen das alles in der Vereinigung ihrer Hände wieder vor die Seele. Sie versprachen sich, füreinander zu beten; sie vergaßen sich selbst, bis das eine im andern aufging mit einem solch heißen Wunsch nach ihrer Heilung und nach ihrem gegenseitigen Glück, daß sie einen Augenblick den Grund jener Liebe berührten, die sich hingibt und sich opfert. Es war ein göttlicher Genuß.

„Ach!" murmelte Pierre, „dieser blaue Nachthimmel, dieser endlose Schatten! Wie haben sie alle Häßlichkeit der Menschen und Dinge hinweggeräumt! In diesem unermeßlichen, erfrischenden Frieden möchte ich meine Zweifel einschläfern."

Seine Stimme verlöschte. Da sagte Marie ihrerseits ganz leise: „Und die Rosen! Dieser Wohlgeruch der Rosen. Verspüren Sie ihn nicht, mein Freund? Wo mögen sie nur sein, da Sie sie doch nicht gesehen haben?"

„Ja, ja! Ich rieche sie. Aber es gibt hier keine Rosen. Ich hätte sie sonst sicherlich gesehen; denn ich habe eifrig nach ihnen gesucht."

„Wie können Sie sagen, daß keine Rosen da sind, da sie doch die Luft um uns herum durchduften und wir uns in ihrem Wohlgeruch baden! Da! Minutenlang ist der Duft so stark, daß es mir ist, als ob ich vor Freude, ihn einzuatmen, vergehe! Gewiß sind Rosen da; in zahlloser Menge sind sie unter unseren Füßen."

„Nein, ich schwöre es Ihnen. Ich habe mich überall umgesehen; es gibt hier keine Rosen. Oder aber sie müssen unsichtbar, es muß das Gras selbst sein, das wir mit Füßen treten, und diese großen Bäume, die uns umringen. Vielleicht dringt ihr Duft sogar aus der Erde heraus und kommt vom nahen Wildbach, von den Wäldern und den Bergen."

Sie schwiegen einen Augenblick. Dann fuhr sie halblaut fort: „Wie gut die Rosen riechen, Pierre! Mir scheinen unsere zwei vereinigten Hände auch ein Blumenstrauß zu sein."

„Ja, Marie! Der Duft ist entzückend. Und jetzt strömt der Wohlgeruch von Ihnen aus, gerade als ob die Rosen aus Ihren Haaren emporsproßten!"

Sie sprachen nicht mehr. Die Prozession zog noch immer vorüber, und noch immer erschienen an der Krümmung bei der Basilika helle Funken, die aus der Dunkelheit in die Höhe sprudelten wie aus einer unerschöpflichen Quelle. Der unermeßliche Strom der beweglichen Flämmchen zog in seinem zweifachen Kreislauf die Linien eines dunklen, von Feuer eingefaßten Bandes. Aber das hauptsächlichste Schauspiel erblickte man auf dem Platz der Rosenkranzkirche. Dort drehte sich die Spitze der Prozession, indem sie ihre langsame Schwenkung beibehielt, in einen immer engeren Kreis, in eine Art Wirbel zusammen, der die von Müdigkeit zerschlagenen Pilger vollends betäubte und ihre Gesänge bis zur Heftigkeit steigerte. Bald war dieser Kreis nur noch ein brennender Kern, der Kern eines Nebelsterns, um den sich das feurige Band schlang, das kein Ende nehmen wollte. Aber der glühende Kreis breitete sich aus; er wurde zu einem Teich, dann zu einem See. Der ganze weite Platz vor der Rosenkranzkirche verwandelte sich in ein brennendes Meer, das seine kleinen funkelnden Wellen im Wirbel eines Strudels wälzte, der nie still stand.

Ein der Morgenröte ähnlicher Widerschein ließ die Basilika weiß erscheinen; der Rest des Horizonts verfiel in tiefe Dunkelheit. Auf der Seite sah man nur einige verlorene Kerzen, die ihren Weg allein zogen, gerade wie Leuchtkäfer mit ihren kleinen Laternen ihre Bahn suchen. Ein Teil der Prozession mußte jedoch auf den Kalvarienberg gestiegen sein; denn Lichtersterne wandelten auch dort droben unter dem freien Himmel umher. Endlich kam der Augenblick, da die letzten Kerzen erschienen, ihren Gang um die Rasenplätze machten, zusammenflossen und im Flammenmeer untergingen. Dreißigtausend Kerzen brannten, indem sie ihre Kreisbewegung fortsetzten und ihre Glut schürten. Oben an dem hohen ruhigen Himmel waren die Gestirne bleicher geworden. Das dröhnende Rollen der Stimmen, die „Ave, ave, ave Maria!" lauteten wie das Knistern der flammenden Herzen, die sich in Gebeten verzehrten, um die Seelen zu retten.

(Fortsetzung folgt.)

Die werktätige Frau

Fünf Minuten für die Hausfrau

Ein hübscher Teetisch gefällig? Willst du deinen Mann erfreuen, so decke den Tisch schön weiß, in eine Vase tue Blumen, vergiß nicht gute Butter, Salamiwurst und Weißbrot, so werdet ihr ein gemütliches Stündchen am Teetisch erleben!

Radio, Frauenbeilagen der bürgerlichen und der SPD.-Presse sprechen und schreiben sehr viel darüber, wie eine Frau das Familienleben gemütlich gestalten kann. Von der großen Wohnung und den großen Kosten, die dazu notwendig sind, schreiben diese Hüter der Familie nichts. Bei uns Arbeitern kommen Streitigkeiten innerhalb der Familie meistens durch wirtschaftliche Sorgen. Wenn zum Beispiel ein Familienvater mit seinem Lohn nach Hause kommt und seine Frau sieht, daß es nicht reicht für das Notdürftigste zum Leben, kann man verstehen, daß sie nicht gerade ausschaut wie eine Primadonna, deren Kavalier ihr einen Pelzmantel überreicht. Der Mann schuftet schwer im Betrieb und ist erbittert, wenn ihm die Frau ein kraftloses Essen vorsetzt. Oft kann er nicht verstehen, daß sein Lohn schon aufgezehrt ist und deutet seiner Frau an, daß sie nicht richtig zu wirtschaften verstände! Meistens aber spart sich die Frau das Essen vom Munde ab, um nur ihm und den Kindern etwas vorsetzen zu können. Gute Butter können wir nur vom Hörensagen. Bei uns ist Rama butterglei ch Trumpf! Bei den Erwerbslosen ist es noch schlimmer. Wie oft geht der Mann von zu Hause fort, weil er es einfach nicht mehr aushalten kann, das Elend mit anzusehen. Dünner Malzkaffee, Kartoffeln, Brot mit Margarine, das ist der Speisezettel, über den unsereins nicht lange nachzudenken braucht. Er kehrt jeden Tag wieder! Als Zierde könnte man da höchstens einen Strauß Brennesseln setzen! Jeder Pfennig muß beiseite gelegt werden für die Miete, sonst wandert man ins Obdachlosenasyl. Dort hält man nicht viel von der Heiligkeit der Familie. Mann, Frau und Kinder schlafen getrennt. Mittags möchte jede Familie gerne kochen, aber es ist zu wenig Kochgelegenheit da. Wie soll man da das schöne Gleichgewicht der Seele bewahren, von dem das Radio erzählt? Die Kinder zerren am Rock: „Mutter, gibt es noch immer nichts zu essen?" Auch hier können leicht Streitigkeiten entstehen. Mit den fünf Minuten der Hausfrau im Radio ist es hier nichts.

Zur Mittagszeit ist großes Gedränge an der Volksküche. Mit hungrigem Magen stehen sie da und warten, bis sie an der Reihe sind. Man kann hier essen oder das Essen mit nach Hause nehmen. Man wird hier stark an die Kriegsküche erinnert und es müßte schon ein Wunder geschehen, wenn mit solcher Nahrung aus den unterernährten Kindern der Proleten gesunde widerstandsfähige Menschen heranwachsen sollen. Wie ein furchtbarer Druck liegt die Sorge auf uns, wenn wir unsere Kinder ansehen, möchten wir weinen. Nächtelang liege ich wach und denke: Was wird aus meinen Kindern? Ich habe früher gebetet und alles getan, was ich in der Schule gelehrt worden bin. Es ist keine Hilfe gekommen. Jetzt hat mich mein Mann aufgeklärt und ich bin ihm dankbar dafür. Jetzt weiß ich, daß nur dann Hilfe kommt, wenn wir uns selber helfen! Möchten nur alle Frauen das erkennen! Unsere Kinder werden glückliche und frohe Menschen sein, wenn wir Arbeitermütter und -väter selbst die Regierung in die Hand nehmen! Das muß unser Ziel sein, für das wir kämpfen.

Der „Textilarbeiter" für Rosa Luxemburg

Eine Textilarbeiterin schreibt uns: Die große Liebe und Verehrung, welche die arbeitende Bevölkerung für die von Noskes Söldlingen erschlagene, unvergeßliche Führerin des Proletariats, unsere Genossin Rosa Luxemburg empfindet, hat die sozialdemokratischen Führer und die reformistischen Gewerkschaftsleiter bewogen, zum neunten Todestage der kühnen Führerin des Proletariats Stellung zu nehmen. Dieselben Führer, die Rosa Luxemburg bei Lebzeiten auf das heftigste bekämpft und sie als „kapriziöse Primadonna", „unverschämte frechepolnische Jüdin" in Artikeln und auf Parteitagen beschimpft haben, sie halten es jetzt für angebracht, Gedächtnisfeiern für Rosa Luxemburg zu veranstalten und ihr Artikel zu widmen. Auch der „Textilarbeiter" veröffentlichte am 20. Januar einen spaltenlangen Artikel über Rosa Luxemburg. Bekanntlich gehörte auch der „Textilarbeiter" zu den Gewerkschaftszeitungen, die die von Rosa Luxemburg auf das schärfste gebrandmarkte Kriegspolitik der Mehrheit der SPD. mitgemacht und Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in der unerhörtesten Weise beschimpften. Wenn ein solches Blatt die Gemordeten heute ehrt, so geschieht dies zu durchsichtigen Zwecken. Die Gewerkschaftsführer machen den Versuch, die Textilarbeiter und -arbeiterinnen, die Rosa Luxemburg verehren, irrezuführen und ihnen einzureden, daß Rosa Luxemburg die russische Oktoberrevolution und ihre Methoden abgelehnt habe. Die Reformisten verschweigen, daß jene von ihnen erwähnte Schrift, die sich mit der Oktoberrevolution befaßte, entstand, als Rosa Luxemburg im Gefängnis saß und über die Ereignisse mangelhaft unterrichtet war. Als Rosa Luxemburg das Gefängnis verließ, hat sie mit Feuereifer für die russische und deutsche Revolution gearbeitet und schnell ihre Irrtümer erkannt. Die erwähnte Schrift, mit der die Reformisten krebsen gehen, wurde von ihr nicht veröffentlicht, und erst durch eine Indiskretion des Renegaten Paul Levy, der nach dem Tode von Rosa das in seinen Händen befindliche Manuskript veröffentlichte, ist die Schrift veröffentlicht worden. In dieser Weise, die an Leichenschändung erinnert, versuchen Renegaten und Reformisten das geistige Erbe von Rosa Luxemburg zu verfälschen. Aus der kühnen Wegbereiterin der proletarischen Revolution in beiden Ländern machen sie eine Pazifistin und Gegnerin der Oktoberrevolution. Wohl schildert Hanna Spangenberg-Gera in dem erwähnten Artikel den Kampf Rosas gegen die Reformisten der Vorkriegszeit. Sie erwähnt ihre Auseinandersetzung mit Bernstein, verschweigt aber den erbitterten Kampf, den Rosa Luxemburg in der Vorkriegszeit gegen die Gewerkschaftsführer geführt hat. Vom Kampf Rosa Luxemburgs gegen den Imperialismus und die Kriegspolitik der SPD., von den Spartakusbriefen, die in jeder Zeile den Burgfrieden entlarvten, kein Wort! Nichts von der Juniusbroschüre, der glänzenden und unerbittlichen Abrechnung mit der SPD.! „Rosa Luxemburg war unbedingte Kriegsgegnerin", das ist alles, was das Gewerkschaftsblatt über den unerbittlichen Kampf Rosa Luxemburgs gegen Imperialismus und Burgfriedenspolitik den Textilarbeitern sagt. Vielleicht waren der Schreiberin des Gedächtnisartikels die Tatsachen doch ein wenig zu unangenehm und die Proletarier und Proletarierinnen am Webstuhl an sie zu erinnern. Sind doch Sozialdemokraten nicht nur nicht vor der niederträchtigsten Verleumdung Rosa Luxemburgs zurückgeschreckt, sondern sich auch der gemeinsten Denunziationen bedient, um ihre gefährliche Feindin unschädlich zu machen. Im Magdeburger Ebertprozeß bekundete General Wrisberg, daß eines Tages ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei zu ihm kam, um die Verhaftung von Rosa Luxemburg zu fordern.

Und wer war es, der in jenen Januartagen zum Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aufforderte? War es nicht das Zentralorgan der SPD., der „Vorwärts", der da schrieb:

„Viel hundert Tote in einer Reih, Proletarier, Karl, Radek, Rosa und Kumpanei, es ist keiner dabei!"?

Die intellektuellen Urheber des Mordes an Rosa Luxemburg spielen sich jetzt als die Lobredner der Gemordeten auf. Auf sie trifft das Wort zu, das Rosa Luxemburg wenige Tage vor ihrem Tode prägte, als die sozialdemokratischen Volksbeauftragten Freiwilligentruppen nach dem Baltikum sandten, um revolutionäre Arbeiter und Bauern niedermetzeln zu helfen. Rosa Luxemburg sagte damals: „Die sozialdemokratischen Führer sind die größten Halunken der Weltgeschichte."

Ihre Lobhudeleien auf Rosa Luxemburg, Fräulein Spangenberg, sind eine Geschichtsfälschung, sie sind Leichenschändung!

Russische Arbeiterinnen über Lenin

„Wir gehen seinen Weg."

Die Arbeiterin Denikin aus dem Dorfe Goritsch schrieb nach Lenins Tod an die Genossin Krupskaja: „Genosse Lenin bemerkte auch uns Frauen, uns vergessene, zu Tode betrübte Frauen. Er hat uns die Gleichberechtigung erobert und uns den Weg gewiesen zur Erbauung unseres Staates, und wir gehen mutig diesen Weg. In Dorfsowjets tagen und kämpfen wir für die Rechte und den Schutz der Proletarier, und schwer ist dieser Kampf auf unseren entlegenen Posten."

„Unser Leben ist hell und freudig geworden."

Die Arbeiterin Kotow schrieb: „Ich habe Wladimir Iljitsch nie gesehen, aber ich kenne ihn und liebe ihn, wie nur die Mutter ihr Kind kennen und lieben kann. Die Gestalt des teuren geliebten Lenin lebt und wird immer leben in meinem Herzen, wird immer mein ganzes Leben erfüllen, das durch Iljitsch so hell, frei und freudig geworden ist. Mit Millionen Proletariern sage ich: Iljitsch, du warst unser Führer, du hast uns zu neuem Leben geführt und die Erinnerung an dich wird nie sterben."

„Wir dürfen nicht den Mut verlieren!"

Eine Arbeiterin aus der Rohrfabrik am Grabe Lenins: „Ich schreibe diesen Brief mit gebrochenem Herzen, die Kehle ist mir wie zugeschnürt. Ich bin mehr als überzeugt, daß es von diesem Schlag vielen vor den Augen dunkel geworden ist. Tausende proletarische Herzen bluten. Genossinnen, Genossen! Mit Lenin haben wir erstens den größten Führer und Vorkämpfer der Weltrevolution verloren, den größten Beschützer der unterdrückten und unterjochten Klassen. — Zweitens den unersetzlichen Lehrer, ebenso auch den Vater und Bruder unserer proletarischen Familie. Liebe Genossen, wir dürfen nicht den Mut verlieren, und nicht vergessen, daß unser Schiff sich mitten im stürmischen Ozean befindet. Der Kapitän des Schiffes ist von uns gegangen, aber er hat den Matrosen den Kurs und seinen Stellvertreter, die RKP., hinterlassen und hat sie gebeten, einig zusammenzuarbeiten.

Nun wohl, Genossen, schwören wir unserem teuren Führer und Freund Lenin, unser angefangenes Werk bis zum siegreichen Ende zu führen."

„Unter seiner Leitung werden wir siegen." In einer Versammlung der Eisenbahnerinnen sagte eine Arbeiterin: „Sagen wir den Arbeiterinnen des Westens, daß sie schneller das Signal auf „freie Fahrt für das Proletariat" stellen. Unsere kommunistische Lokomotive „Roter Oktober" wird dann vorwärtssausen zur Befreiung der Arbeiter des Westens. Lenken soll sie unser lieber Führer, der Ehrenmaschinist Genosse Lenin. Unter seiner klugen und erfahrenen Leitung werden wir das Weltkapital besiegen.

Hoch lebe die Kommission der Kommunistischen Partei in Moskau für die Arbeit unter den Frauen! Hoch lebe der zukünftige Weltbund der Arbeiterräterepubliken!"

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Sonnabend, den 21. 1. und Sonntag, 22. 1., 15½ Uhr
Zu kleinen Preisen
Christkindleinsmärchenwald
Dienstag, 24. 1., 15½ Uhr
Zu kleinen Preisen
„Zwölftausend"
Sonnabend, den 21. 1. bis Freitag, d. 27. 1. tägl. 20 Uhr
Zum ersten Male!
„Die Erbschaft"
Von Antonio Aparina
Sonnabend, d. 28. 1. 20 Uhr
„Spiel im Schloß"

Thalia-Theater
Sonnabend, den 21. 1.
Zu kleinen Preisen
„Schneeweißchen u. Rosenrot"
Sonnabend, den 21. 1. bis Sonnabend, den 28. 1. 28
täglich 20 Uhr
Zum ersten Male!
„Die Lüge"
Drama von Wolodymyr Wynnytschenko
Sonntag, den 22. 1. 28
15½ Uhr
Zu kleinen Preisen
„Zinsen"

Stadttheater Breslau (Opernhaus)
Spielplan vom 23. bis 29. Januar 1928
Montag, 20 Uhr
Einmalige Abendaufführung zu ermäßigten Preisen
Gruppe III
Hänsel und Gretel
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie F 11
Mona Lisa
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie G 11
Iphigenie auf Tauris
Donnerstag, 20 Uhr
Jonny spielt auf
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 11
Othello
Sonnabend, 19 Uhr
Tannhäuser
Sonntag, 20 Uhr
Die Bohème

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Stephan 36300
Täglich 20 Uhr
Eine Frau von Format

Elektro-Wäscherei Odertor
Rosenthaler Straße 14
Die geehrten Hausfrauen können sich in kürzester Zeit ihre Wäsche selbst waschen.
Boden- und schrankfertige Wäsche billigst und prompt.

Führer durch die Geschäftswelt

Breslau-Ost

Medizinal-Drogenhaus R. Binas
Ofenerstrasse 27
Chemikalien, Parfümerien, Farben
1634

Wäsche
Paul Lorenz
Breslau, Bahnhofstraße 21
81637

Angenehmes Familienlokal
Frans Brückner
Ofenerstraße 28
81645

Otto Bornschein
Kolonialwaren
Löschstrasse 11
Telephon 40560
8 647

Jeder Arbeiter kauft gut u. preiswert in der Bäckerei
Herrmann
Brockauer Str. 16
81651

Blumenhaus für Freud u. Leid
Emma Adler
Tauentzienstr. 65
81641

Jeder Arbeiter kauft gut u. preiswert in der Reinbäckerei
H. Dziallas
Ernststraße 4
81648

Angenehmes Familienlokal
Rudolf Peche
Brüderstraße 24
81650

Fischwaren-Spezialgeschäft
Kurt Rühl
Wormerstr. 73
81638

Lebensmittel Kolonialwaren
M. Kricke, Löschstr 17
8 Proz. Rabatt
1631

Fahrradhaus Schlape, Tauentzienstr. 149
Fahrräder in allen Preislagen
Fachmänn. Reparatur - Werkstatt
81632

Angenehmes Familienlokal
Wolffs Gaststätte
Königsgrätzer-Ecke Tauentzienstr
81629

Fahrräder — Grammophone
Hoch, Klosterstr. 103
81649

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Breslau-Süd

Gaststätte
F. Mittwoch
Sadowastraße 26
81643

Möbel auf Teilzahlung
bei Fahnroth, Neudorfstr. 13
81644

Breslau-Zentrum

Allerfeinste Auszugsmehle, Kolonialwaren
Hermann Berger
Ritterplatz 13
81640

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Albert Seifert
Hubenstraße 41
81639

„Bettfedern" neuzeitl. Reinigung
Dutschke
Margaretenstr. 15
(Hofgebäude)
81633

Jeder Arbeiter kauft gut und preiswert in der Fleischerei von Karl Morawe
Malergasse 23-24
31635

Weinbrand Rum Liköre
nur bei
D. Kochmann
Weidenstrasse 25
8 635

Schuhhaus Kloss
Maß- u. Reparatur-Werkstatt
Breite Straße 21
Reell u. preiswert
81642

Jeder Arbeiter kauft reell und preiswert in der Fleischerei von
Wilhelm Jäckel
Hummerei 29
81630

Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Aermelfutter und Roßhaare sehr billig. Watteline Meter 2 Mk., Garn 1000 Meter 25—80 Pf., Mako-Schnürsenkel 100 Paar 2.— bis 8.— Mk., Knöpfe Dtzd. 3 bis 10 Pf., Kernseife Riegel 13 Pf., 1 Dose Erdal 15—90 Pf.
Alles prima Ware
Detail und Engros
Bertold Lippert
Breslau
Heinrichstraße 16
Filiale: Oderstr. 17
Weißgerbergasse 43

Inserate
haben in unserer Zeitung
guten Erfolg

Besonders billig
Metall-Bettstellen
Mit Patent-Zugledermatratze, weiß oder schwarz lackiert 52.—, 28.—, 23.50, 19.50 **14.75**
Einfache Ausführungen, braun lackiert 12.—, 9.— **6.90**
Kinderbetten Polster-Matratzen
Bettfedern Fertige Betten
Riesen-Auswahl in Kinderwagen
Klappwagen Korbmöbeln
Weißlack - Möbeln
Größtes u. erstes Haus der Branche
Betten-Haus Becker
Breslau, Kupferschmiedestraße 4
dicht am Neumarkt
Kataloge kostenlos

Königszelt

Amtliche Bekanntmachung von Königszelt
Die nächste
öffentliche Gemeindevertreter-sitzung
findet am 24. Januar 1928, nachmittags 6 Uhr, im Gemeindebüro statt.
Tagesordnung siehe Anschlag.
Königszelt, den 20. Januar 1928
Der Gemeinde-Vorstand
i. A. Dittrich

Beuthen

Metallbetten
Auflegematratzen aus eigener Werkstatt
Koppel & Taterka, Hindenburg
Kronprinzenstraße 127 — Telephon 3190
Beuthen, Piekarer Straße 23
Telephon 2048, 2049

Her mit dem oberschlesischen Betriebsrätekongreß!

Einstimmiger Beschluß der Gleiwitzer Metallarbeiter

Die offene Stellungnahme des Reichsarbeitsministers und des Staatsapparates im Hüttenarbeiterkonflikt für die Interessen der Unternehmerschaft hat auch die oberschlesischen Metallarbeiter zu der Erkenntnis gebracht, daß ihre Forderungen nur im Kampf gegen Unternehmertum und Staatsapparat durchzusetzen sind. Folgende Entschließung an die Bezirksleitung des DMV. und an den Bezirksausschuß des ADGB. wurde einstimmig angenommen:

„Die am Sonntag, dem 22. Januar 1928, tagende Mitgliederversammlung des DMV., Ortsgruppe Gleiwitz, beschäftigt sich mit der Wirtschaftslage, den Wirtschaftskämpfen und kommt zu folgender Feststellung:

Das Jahr 1927 brachte Rekordziffern der Produktion und ungeheure Unternehmerprofite, die auf einer brutalen Anwendung kapitalistischer Rationalisierungsmethoden beruhen. Diese Erfolge der Unternehmer waren möglich, weil die Arbeiterschaft, insbesondere der Teil der Unorganisierten, auf die Anwendung des Kampfes zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verzichteten und sich dieselben von den kapitalistischen Schlichtungsausschüssen und dem Arbeitsminister, der Bürgerblockregierung, vorschreiben ließen:

Der Schiedsspruch in der Hüttenindustrie, die Hinausschiebung der Achtstundenschicht bis zum 31. März, war eine offene Stellungnahme gegen die Metallarbeiterschaft für die Profitinteressen der Unternehmer. Diese Stellungnahme zeigte die Regierung als Vollzugsorgan, als Werkzeug des Trustkapitals.

Niederlagen aber können Ausgangspunkte für künftige Siege sein, wenn man die notwendigen Lehren daraus zieht.

Die Niederlage der Metallarbeiterschaft am 1. Januar 1928 lehrt uns folgendes:

1. **Ohne Kampf sind die notwendigen Forderungen der Arbeiterschaft nicht durchzusetzen.**
2. **Die Kampfvorbereitungen müssen rechtzeitig getroffen werden durch:**
   a) **Betriebsversammlungen, wozu die Kollegen ihre Frauen mitbringen können.**
   b) **Mobilisierung der Arbeiterschaft für die aufgestellten Forderungen durch Flugblätter und Handzettel.**
   c) **Laufende Instruktionen an die Betriebsräte und Verbandsfunktionäre. Berichterstattung durch die Betriebsräte.**
   d) **Konferenz der freigewerkschaftlichen Betriebsräte der Metall- und Hüttenindustrie, um gegenseitige Erfahrungen auszutauschen und eine enge Verbindung zwischen den einzelnen Betrieben herzustellen.**
   e) **Festsetzung einer Werbekampagne ab 15. Februar bis 15. März für den DMV.**
   f) **Aufklärung der Erwerbslosen über Notwendigkeit und Ziel des Kampfes.**
   g) **Ausnutzung der Arbeiterpresse für die Forderungen der Metallarbeiter.**

Die Mitgliederversammlung sieht hierin das Mindestmaß von Vorbereitungen und erwartet von der Bezirksleitung des DMV. die sofortige Inangriffnahme dieser Arbeiten. Da der Kampf um den Achtstundentag, um Lohnerhöhung, eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft ist und zum 31. März die Tarife für andere Arbeitergruppen ablaufen, fordert die Mitgliederversammlung vom ADGB. die **Einberufung eines freigewerkschaftlichen Betriebsrätekongresses für Oberschlesien.**

Metallarbeiter Oberschlesiens, schließt die Reihen, rüstet zum Kampf um die Durchführung eurer Forderungen!"

*

Die übrigen Ortsgruppen des DMV. müssen sich dieser Resolution anschließen. Die Bergarbeiter, Eisenbahner, Bauarbeiter müssen gleichfalls dazu Stellung nehmen und auch ihrerseits mit der Vorbereitung des Kampfes beginnen. Am 1. April müssen die oberschlesischen Arbeiter in einheitlicher und geschlossener Front dem Unternehmertum gegenüberstehen.

Kollegen, Klassengenossen! Wir rufen euch zu: Mobilisiert die Belegschaften, rüttelt die Lauen und Gleichgültigen auf, setzt alle Kräfte an, um die Kämpfe der Arbeiterschaft auszulösen. Lest und verbreitet euer Sprachorgan, die „Arbeiter-Zeitung".

Wohnungsnot und Wohnungselend in der Arbeiterstadt Hindenburg

Abwürgung des kommunistischen Antrages zur Wohnungsfrage durch das Zentrum — Doch Mietenerhöhung am 1. April für städtische Wohnungen — Schuhbesohlung für Erwerbslose — Der christliche Gewerkschaftsführer Stara für Jahresgehälter über 17000 Mark

Die am 12. Januar frühzeitig abgebrochene Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nahm am Sonnabend, dem 21. Januar, ihren Fortgang. Die Erwerbslosen und die Mieter der städtischen Häuser aus dem Stadtteil Biskupitz hatten sich sehr zahlreich eingefunden, da die sie betreffenden Anträge, durch die Kommunisten gestellt, auf der Tagesordnung zur Beschlußfassung standen. Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Dyperskalski eröffnete die Sitzung und teilt mit, daß die nach der letzt aufgeflogenen Stadtverordnetensitzung stattgefundene Fraktionsführerbesprechung, mit Ausnahme des Kommunisten, seine Haltung vollauf billigt und darüber volle Uebereinstimmung herrscht, daß, wenn sich derartige Fälle wiederholen sollten, man Einlaßkarten für den Zuhörerraum einführen werde, die durch die Fraktionen zur Verteilung kämen. Genosse Paris erhob im Namen seiner Parteifreunde Protest gegen die sehr durchsichtige Maßnahme des Vorstehers. Ferner wurde von ihm beantragt, den Punkt 5 der Tagesordnung als 1. Punkt zu behandeln, dem auch gegen den Widerspruch der Rechten stattgegeben wurde.

Die kommunistische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, der sich grundsätzlich mit dem Wohnungsbauproblem befaßte. Der Genosse Paris begründete den Antrag und führte unter anderem aus: Wohnungsnot und Wohnungselend sind unmittelbare Begleiterscheinungen des Kapitalismus, die durch Krieg und Inflation noch außergewöhnlich verschärft wurden. Besonders kraß sind die Verhältnisse in der Arbeiterstadt Hindenburg. Am 1. Januar 1928 zählte man amtlicherseits 7450 Wohnungsuchende, die ausschließlich zu den werktätigen Schichten zählen. Nach der Zahl der Wohnungsuchenden vom vorigen Jahre muß man feststellen, daß eine Steigerung der Zahl der Wohnungslosen eingetreten sei trotz der vom Magistrat hervorgehobenen enormen Neubautätigkeit des Jahres 1927. Der größte Teil der Wohnungslosen sind kinderreiche Familien. Die Auswirkungen des Wohnungselends in gesundheitlicher als auch sozialer Beziehung sind katastrophal. Ueber 12000 Bürger haben kein Heim und hausen in Schuppen, Ställen und Baracken. Die gerade in Hindenburg so hohe Säuglingssterblichkeitsziffer ist zum Teil auch auf die elenden Wohnverhältnisse zurückzuführen. Noch zu erwähnen sei die hohe Zahl von Tuberkulosekranken und der hohe Prozentsatz der kranken Schulkinder. Der Bau von gesunden Wohnungen, von Grünanlagen, Sport- und Spielplätzen für die Jugend ist die beste vorbeugende Gesundheitsfürsorge. In kurzen Zügen streift der Redner die Sozialpolitik der Bürgerblock- und Koalitions-Regierungen gegen die werktätige Bevölkerung, die auch in den Kommunen ihre Wiederspiegelung findet. Die Hauszinssteuer als die unsozialste Steuer, herausgepreßt aus den Taschen der proletarischen Mieter, findet nur zum Teil Verwendung für den Wohnungsbau. Der andere Teil wird zum Ausbau des kapitalistischen Machtapparates genommen, unter dem Motto:

„Vor die Wohnung kommt die Polizei."

Die zu Anfang des Jahres 1927 von den Kommunisten geforderten Maßnahmen zur Milderung des Wohnungselends wurden durch die bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die vom Magistrat betriebene Wohnungsbaupolitik hat die Verhältnisse verschärft. Die kommunistische Fraktion legte einen Antrag vor, der, wenn er zur Durchführung gelangt, nur eine Milderung des Wohnungselends bringt. Die Beseitigung der Wohnungsnot ist innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht möglich. Erst die sozialistische Gesellschaftsform wird die Wohnungsnot endgültig überwinden.

Während der Rede des Kommunisten zur Begründung des Antrages und der Anklage gegen die bürgerlich-kapitalistische Politik zogen es die bürgerlichen „Volksvertreter" vor, sich in den Restaurationsräumen gemütlich zu machen. Sie ließen nur einige Horcher zurück.

Stadtv. Hawellek (SPD.), statt zu den aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen, zog lieber vor, gegen die Sowjetunion zu hetzen. Noch eine Reihe von Rednern sprach gegen den kommunistischen Antrag. Dann ergriff Genosse Jendrosch das Wort und rechnete in gebührender Weise mit ihnen ab. Gegen den Widerspruch der Kommunisten wurde der Antrag als „Material" dem Magistrat überwiesen. Diesen Abwürgungsantrag zu einer so wichtigen sozialen Frage stellte das Zentrum in der Person des Gewerkschaftsführers Stara. Hieraus müssen die christlichen Arbeiter die Lehre ziehen, indem sie ihren Führern die weitere Gefolgschaft versagen und sich einreihen in die Front des klassenbewußten Proletariats zum Kampf gegen ihre Unterdrücker.

Der nächste Punkt betraf einen Antrag der Kommunisten, in dem verlangt wird, daß der Magistrat die zum 1. April 1928 verfügte Mietserhöhung von 100 und mehr Prozent für städtische Wohnungen sofort rückgängig macht. Genosse Wyschka brandmarkte den Mietswucher des Magistrats. Der kommunistische Antrag wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt, angenommen wurde ein Zentrumsantrag, der eine allmähliche Erhöhung der Mieten vorsieht.

Die für die Arbeitslosen durch die KPD.-Fraktion geforderte Schuhbesohlung wurde beschlossen.

Unter anderem stand auf der Tagesordnung die Vorlage „Herausgabe eines Stadtblatts kostenfrei an die Bevölkerung". Das Zentrum verlangte, daß die drei „führendsten" Tageszeitungen in der Zukunft weiter bei Insertionen der Stadtverwaltung bedacht werden. Es gab unter den Fraktionen einen Streit, welche von den Zeitungen die drei führendsten seien, und so kam es, daß der Zentrums-Antrag fiel. Die Magistratsvorlage fand Annahme. Hierauf gab die Versammlung die Zustimmung für Verausgabung von 14000 Mark zur Errichtung von Oefen in den Zeltbaracken. Der Magistrat wollte erst die Gelder in den nächsten Etat einsetzen und die Mieter in den Baracken frieren lassen. Daß die Vorlage auf die Tagesordnung kam, ist auf die energische Forderung der Kommunisten im vorletzten Vorberatungsausschuß zurückzuführen.

Anschließend wurde zur geheimen Sitzung übergegangen, in der Grundstücksfragen und Gehaltsfragen behandelt wurden. Den unverschämten Forderungen des Stadtrats Dr. Killing gab der Bürgerblock die Zustimmung. Der christliche Gewerkschaftssekretär Stara stimmte für ein Jahresgehalt von 17400 Mark. Zu dieser Frage wird sich die „Arbeiter-Zeitung" demnächst noch näher äußern.

Gleiwitz

Sozialdemokratisch-bürgerliches Kampfbündnis gegen die Kommunisten

Wie üblich wurden in der ersten diesjährigen Sitzung des Gleiwitzer Stadtparlaments die verschiedensten Kommissionen und das Stadtverordnetenbüro gewählt. Es ist nicht gleichgültig, wer die Sitzungen des Stadtparlaments leitet. Die Versammlungsleitung kann die Verhandlungen wesentlich beeinflussen. Es gilt deshalb für die Werktätigen, bei diesen Wahlen zum Ausdruck zu bringen, ob sie von den Vertretern ihrer Klasse oder von ihren Feinden geführt werden sollen.

Zum Stadtverordnetenvorsteher wurden der Rechtsanwalt Woschek (Zentrum) und Genosse Georg Ziaja vorgeschlagen. Die Sozialdemokraten stimmten nicht für den Vorschlag der Arbeiter, sondern für den bürgerlichen Kandidaten. Zum zweiten Vorsteher wurde Bürovorsteher Kolonko (Mieterschutz) und Genosse Karl Behr vorgeschlagen. Auch hier stimmten die Sozialdemokraten für den bürgerlichen Vorschlag. Als drittstärkste Fraktion hatten die Kommunisten Anspruch auf den ersten Schriftführer. Ermutigt durch das Bündnis mit den Sozialdemokraten wählten die Bürgerlichen die deutschnationale Stadtverordnete Frau Nowak. So wurden die Kommunisten von dem sozialdemokratisch-bürgerlichen Block niedergestimmt. Dies ist eine offene Kampfansage der schwarzweißrotgoldenen Arbeitsgemeinschaft gegen die Arbeiter. Ueber das Vorhandensein der Arbeitsgemeinschaft zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen werden sich die Arbeiter nicht täuschen lassen, auch wenn einmal die einzelnen Parteien dieses Blockes gegenseitig in Scheinopposition stehen werden.

Im Auftrage der kommunistischen Fraktion protestierte Genosse Ziaja gegen die Wahl und stellte mit Recht fest, daß von der Demokratie nur geredet wird. Durch ihre Haltung versucht die Sozialdemokratie, die Edelrepublikaner vom Schlage Nowak, das wieder gutzumachen, was ihnen in Oppeln von der Partei des Grafen Ballestrem sehr übel genommen worden ist. Und die Zentrumspartei nebst „Volksstimme"? Noch schreit sie über die angebliche Vergewaltigung ihrer starken Fraktion in Oppeln, weil ihr nicht der Oberbürgermeister geschenkt wurde. Aber in Gleiwitz macht sie das, was sie in Oppeln verurteilt. Denn wenn die Zentrumspartei wirklich so demokratisch wäre, wie sie es der Arbeiterschaft vortäuschen will, dann hätte sie dafür eintreten müssen, daß die Kommunisten den ersten Schriftführerposten bekommen.

Der Verlauf der ersten Sitzung im neuen Jahre zeigt die Absicht der Bürgerlichen, mit wohlwollender Unterstützung der Sozialdemokraten die schärfste Offensive gegen die Interessen der Werktätigen zu eröffnen. Die Arbeiterschaft hat alle Veranlassung, auf der Hut zu sein. Die einzelnen in der Sitzung behandelten Fragen werden wir in den nächsten Tagen besprechen. Die wichtigste Frage war wohl die Aussprache über den deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Beuthen

Arbeiter, verteidigt die freigewerkschaftlichen Betriebsräte

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Man ist im allgemeinen der Auffassung, daß Menschen, die Gelegenheit hatten, eine höhere Schule zu besuchen, mehr geistige Fähigkeiten besitzen, als die Arbeiter, die höchstens eine Volksschule besucht haben. Ist dem so? Nehmen wir als Beispiel den Dienststellenleiter in der Bahnmeisterei 1 in Beuthen. Dieser Herr hat sich erlaubt, einen Schwerkriegsbeschädigten unter doppelte Kontrolle zu setzen. Die eine Kontrolle soll am 20. Januar abgelaufen sein, so daß nur noch die Kontrolle am Stellwerk bleibt. Derselbe Herr hat die Hilfsrottenführer und Rottenführer mit der Ueberwachung des gesamten Betriebsrates beauftragt. Da der oben erwähnte Schwerkriegsbeschädigte Betriebsratsmitglied ist, so hat er das Vergnügen, unter dreifacher Kontrolle zu stehen. Gegen den Betriebsratsvorsitzenden liefen in 14 Tagen 6 Anzeigen ein, so daß er jeden zweiten Tag zu Protokoll vernommen wurde. Den Urhebern dieser Vernehmungen rufen wir das Sprichwort in Erinnerung: „Der größte Lump im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant!" Darunter befindet sich auch ein Hilfsrottenführer, der lieber die Balken in den eigenen Augen suchen sollte. Die 6 Vernehmungen des Betriebsratsvorsitzenden sollen zwei Strafen zur Folge haben. Unter anderem soll er wegen „ungebührlichen Verhaltens den Vorgesetzten gegenüber" mit Strafe belegt werden. Die zweite Strafe wird wegen vorsätzlicher Entfernung von der Arbeitsstelle verhängt. Dazu muß festgestellt werden, daß der Betriebsratsvorsitzende über eine halbe Stunde mit dem Reichsbahnmeister A. diskutiert hatte, weil einem Arbeiter das Kindergeld nicht ausgezahlt wurde. Dafür ging er um 3,30 Uhr nach Hause. Die Schuld trägt also nicht der Betriebsratsvorsitzende, sondern der Beamte, der dem Arbeiter das ihm zustehende Kindergeld nicht ausgezahlt hat. Nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung und des Betriebsrätegesetzes kann der Dienststellenleiter den Betriebsratsvorsitzenden nicht bestrafen. Deshalb rief er eines Tages sämtliche Betriebsräte ohne den ersten Vorsitzenden ins Büro. Es kann ja nett werden! Wenn es so weiter geht, wird der Dienststellenleiter die Funktion des Betriebsratsvorsitzenden übernehmen und die Sitzungen nicht nur einberufen, sondern auch leiten. Die Betriebsräte gingen ins Büro und fragten, ob denn auch der Vorsitzende eingeladen sei. „Dies sei nicht notwendig", lautete die Antwort, „da man lediglich von den Betriebsräten die Zustimmung zur Bestrafung ihres Vorsitzenden haben wolle." Wer lacht da nicht? Der Dienststellenleiter ist wohl Akademiker, aber das Betriebsrätegesetz kennt er nicht. Wir würden ihm empfehlen, sich an den Einheitsverband zu wenden und von ihm ein Exemplar des Gesetzes zu verlangen. Macht das der Dienststellenleiter nicht, so werden ihm weitere Blamagen nicht erspart bleiben. Um den Einfluß des Einheitsverbandes bei den kommenden Betriebsrätewahlen zu brechen, versucht man bei uns mit Hilfe des Büros eine Liste der GDE. aufzustellen. Haben die Angestellten nichts Besseres zu tun? An der Spitze dieser Liste kandidiert der Hilfsrottenführer P. Arbeiter der Bahnmeisterei 1, für euch kann es nur eine Losung geben: **Bleibt im Einheitsverband und wählt bei den kommenden Betriebsrätewahlen nur die Liste des Einheitsverbandes!**

Genossen berichtet fleißiger!

Breslau

Das neue Selbstanschlußamt Mitte

Wegen der Nummernverteilung gelegentlich der bevorstehenden Inbetriebnahme des Selbstanschlußamtes Mitte gehen bei den beteiligten Dienststellen noch immer zahlreiche Anträge auf Nummernänderung ein. Für das neue Selbstanschlußamt stehen aber nur zur Verfügung die Rufnummern 20 000 bis 29 999 sowie 50 000 bis 59 999. Von diesen sind die Nummern 22 000 bis 22 999 und 52 000 bis 52 999 mit besonderen Einrichtungen für Teilnehmer mit vier und mehr Anschlüssen ausgerüstet worden. Für die Teilnehmer mit zwei und drei Anschlüssen mußten die Rufnummern mit den Endziffern 40 bis 59 in zwei Drittel sämtlicher Hundertergruppen vorbehalten bleiben. Ferner sind jetzt bereits auf dem Handamt Rufnummern von 50 000 an aufwärts vorhanden. Diesen Teilnehmern wurde, um Verwechselungen zu vermeiden, ihre bisherige Rufnummer belassen, soweit sie nicht als Inhaber mehrerer Anschlüsse auf obige Ausnahmeeinrichtungen zu schalten waren.

Im Norden Breslaus wird in zwei bis drei Jahren ein neues Selbstanschlußamt mit den Rufnummern 40 000 bis 49 999 errichtet werden, auf das sämtliche nördlich der Oder liegende Anschlüsse des Amtes Mitte — jetzt Ring und Ohle — umgeschaltet werden müssen. Um diesen Teilnehmern eine zweimalige Nummernänderung innerhalb kurzer Zeit zu ersparen, sind sie so in die 20 000er- und 50 000er-Anschlüsse eingereiht worden, daß später nur noch eine Aenderung der ersten Ziffer in eine 4 vorzunehmen sein wird.

Vielfache Anfragen lassen erkennen, daß über die Bezeichnung der Rufnummer noch Zweifel bestehen. Mit der Inbetriebnahme des Amtes Mitte wird die Automatisierung des hiesigen Ortsnetzes beendet sein. Eine nähere Amtsbezeichnung vor der Rufnummer erübrigt sich somit. Es fallen also sämtliche Bezeichnungen, wie Stephan, Ring und Ohle, fort; eine mündliche Meldung irgendeines Amtes erfolgt nicht mehr.

Plötzlicher Tod. Auf der Straße gestorben ist der Eisenbahnsekretär Wuttke, Trebnitzer Platz 1, der offenbar einen Herzschlag erlitt. — Ein Arbeiter, der in einer Fabrik in der Lutherstraße arbeitete, wurde ebenfalls plötzlich vom Schlage getötet.

Stadtverordnetenvorlagen. Auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag stehen 22 Vorlagen, Anträge, Anfragen usw. Genosse Ammon hat an den Magistrat eine Anfrage betreffend Ueberlassung städtischer Räume gerichtet. Genosse Adelt wird den bereits veröffentlichten Antrag betreffend Unterstützung der Saisonarbeiter richten. Das Breslauer Stadttheater wird nochmals die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen, da der Ausschuß beantragt, den Magistratsantrag auf Hergabe eines verzinslichen Darlehns in Höhe von 115 000 Mk. unverändert anzunehmen. Eine Magistratsvorlage verlangt die Zustimmung zu einem Vertrag zwischen Magistrat und Regierung über die Vermessung von etwa 6852 Hektar einzugemeindendes Gebiet durch die preußische Katasterverwaltung. Eine Reihe unwichtigerer Vorlagen wird die Sitzung füllen.

Büroverlegung. Das städtische Eingemeindungsamt wird am Montag von Elisabethstraße 9 pt. nach Ring 7 II verlegt. Am Tage des Umzuges bleiben die Amtsräume geschlossen. Die Fernsprechanschlüsse bleiben bis auf weiteres die gleichen: Ohle 2328 und Magistrat 470.

Ausbeutung von Notstandsarbeitern. Wir erhalten folgende Zuschrift: „Der Magistrat von Breslau läßt am Ende der Ofener Straße am Ostpark einen Sportplatz errichten. Die Ausführung dieser Arbeiten ist dem Steinsetzmeister Wilhelm Scholz übertragen worden. Zur Ausführung dieser Arbeiten sind Notstandsarbeiter herangezogen worden. Die Notstandsarbeiter von dieser Baustelle erwarten vom Magistrat Breslau wie ebenfalls von der Bürgerschaft, daß hier umgehend die Baustelle besichtigt und Abhilfe geschaffen wird. Es sind an dieser Baustelle 20 Notstandsarbeiter beschäftigt, sie müssen jeden Tag 180 Fuhren Boden abladen und diesen breitwerfen; jede Fuhre faßt drei Kubikmeter. Außerdem müssen sie noch für eine gute Anfuhr Sorge tragen dadurch, daß sie täglich die Eisenbahnschwellen, welche benützt werden infolge des sumpfigen Geländes, rücken. An ein Ausruhen auch nur von einer Minute während dieser achtstündigen Arbeitszeit außer den zwei Pausen können wir nicht denken, auch kein solches vornehmen, wegen des Antreibersystems, das bei dieser Firma herrscht. Zuerst waren zwei Aufseher bei diesen 28 Mann tätig; allem Anschein nach leisten wir noch zu wenig, denn seit dem 12. Januar ist noch ein dritter Schachtmeister eingestellt worden. Trotzdem wir Schachtarbeiten verrichten, erhalten wir nicht den Lohn der Schachtarbeiter (82 Pfg. je Stunde), sondern nur 74 Pfg. Notstandsarbeiter, welche infolge dieser Handlungsweise von seiten des Herrn Scholz Stellung dazu nahmen, wurden sofort entlassen. Beim preußischen Arbeitsgericht Breslau, Springerstraße, liegen eine große Anzahl Klagen deshalb vor. Berufsgenossenschaftliche Vorschriften, wie sie an jeder Baustelle aushängen, hält dieser Unternehmer nicht für nötig auszuhängen, trotzdem in letzter Zeit Unfälle vorgekommen sind. Wo bleibt der Gewerbeaufsichtsrat?

Sieben Jahre auf der Wohnungsliste vorgemerkt. Der Arbeiter Seliger, Neuweltgasse wohnhaft, hat eine laut ärztlichem Gutachten äußerst ungesunde Wohnung. Ein Kind ist ihm bereits, nicht zuletzt infolge der schlechten Wohnverhältnisse, gestorben. Gegenwärtig leben noch zwei Kinder. Alle seine Bemühungen, eine andere Wohnung zu bekommen, sind bisher gescheitert, obwohl er seit 1921 in der Liste der Wohnungsuchenden eingetragen ist. Wir glauben, daß in einem solch dringlichen Fall in sieben Jahren wirklich ein Weg gefunden werden müßte, Seliger eine Wohnung zuzuweisen.

Ein Pferdefuhrwerk vom Zuge erfaßt. Am 21. Januar um 17,10 Uhr wurde das Gespann des Fuhrwerksbesitzers Karl Zimmer, Breslau, Gräbschener Straße 49, auf dem Ueberwege zwischen Klein-Mochbern und Gräbschen vom Personenzug 776 angefahren. Der Wagenlenker und ein Pferd blieben unverletzt. Das zweite Pferd wurde getötet. Das Fuhrwerk, das unbeleuchtet war und leicht beschädigt wurde, konnte von dem in einiger Entfernung befindlichen Schrankenwärter bei der Dunkelheit nicht gesehen werden.

Fortbildungsschüler wegen Armut bestraft

Arreststrafen wegen Nichtbeschaffung von Büchern

Breslau, 24. Januar.

Die Mutter eines die Gewerbeschule II besuchenden Maurerlehrlings erhielt nachstehendes Schreiben zugesandt:

Frau

Elisabeth Staskiewicz

hier

Klosterstraße 128, bei Lasaller

Dem Gewerbeschüler Walter Staskiewicz ist wegen Nichtbeschaffung der Formularmappe

eine Arreststrafe von 4 Stunden

auferlegt worden.

Er hat sich zur Abbüßung der Strafe am Sonntag, dem 15. Januar d. J., pünktlich um 2 Uhr nachmittags im Schulhause Gartenstraße 27/29, Zimmer Nr. 15, einzufinden.

Bei Nichterscheinen erfolgt polizeiliche Zuführung.

Breslau, 12. Januar.

Kunze,
stellv. Direktor der Gewerbeschule II.
Gartenstraße 27/29, 1. Stock.

Diese Aufforderung ersuche ich Ihrem Sohne auszuhändigen.

*

Wie uns mitgeteilt wird, ist der Vater des bestraften Fortbildungsschülers arbeitslos und nicht in der Lage, seinem Sohn die notwendigen Bücher zu kaufen. Alle dringenden Hinweise der Mutter, die bei Lehrer und Rektor vorsprach, wurden nicht beachtet. Der Mutter wurde geantwortet, ihr Sohn könne von den 12 Mark Wochenlohn die Bücher anschaffen, obwohl dieser seinen Lohn voll abgibt, weil der Vater die horrende Arbeitslosenunterstützung von 12,85 Mark bezieht. Trotzdem ist der Schüler wiederholt mit Arrest bestraft worden.

Wir erheben gegen die Uebertragung von Polizeimethoden schärfsten Protest und verlangen, daß die Schuldeputation eingreift. Ist es ohnehin ein Skandal sondergleichen, daß in den Fortbildungsschulen Arreststrafen die mangelnde pädagogische Qualifikation von Lehrern ersetzen müssen und an Stelle der Beeinflussung des Lehrlings und jugendlichen Arbeiters Zwang und Gewalt tritt, so ist die Verhängung von Arreststrafen wegen Nichtbeschaffung von Büchern im vorliegenden Falle eine Roheit und Bestrafung der Armut. Besonders skandalös ist die Androhung der polizeilichen Vorführung, die charakteristisch für den Klassengeist des Fortbildungsschulsystems ist.

Wir fragen: Würde ein Gymnasiallehrer oder ein Universitätsprofessor es wagen, Schüler bzw. Studenten, die im gleichen Alter wie der Maurerlehrling wären, in einer derartigen erniedrigenden Weise zu behandeln?

Her mit der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel! Fort mit dem Strafsystem in den Fortbildungsschulen! ad.

Zur **Wiederholung** der **Revue LLL** am **Freitag**

20 Uhr im **Zentralballsaal** erscheinen alle Arbeiter Reichstagsabgeordneter **Geschke-Berlin** spricht

Achtung, Darsteller zur politischen Revue! Dienstag, Probe. Lokal: Stadt Namslau, Matthiasstr. 211. Vorspiel, Bild 6, 13, 16, 18, 19, 20 um 20 Uhr. Kam. Nikisch um 19½ Uhr. Generalprobe Mittwoch, im Zentralballsaal. Sprechchor 19½ Uhr Gesamtprobe 20½ Uhr.

LLL.-Feier des RFMB.

Mittwoch, 20 Uhr, im „Bergkeller", Kletschkaustraße.
Rezitationen, Musikvorträge, Ansprache. Eintritt frei!

An alle RFMB.-Genossinnen und Sympathisierenden

Der Rote Frauen- und Mädchen-Bund, Ortsgruppe Breslau, beginnt heute Dienstag 20 Uhr in der „Stadt Wien", Malergasse, mit einem Kursus: „Die Frau in Sowjetrußland." Der Kursus soll an vier Abenden, und zwar immer Dienstags, stattfinden, und soll den Frauen einen Einblick in das Wirken und Schaffen der proletarischen Frauen in Sowjetrußland geben. Alle RFMB.-Genossinnen sind verpflichtet, an diesem Kursus teilzunehmen. Die Parteigenossinnen und Zeitungsleserinnen fordern wir hiermit auf, sich ebenfalls zu beteiligen.

Gauleitung des RFMB.

Ohlau. Rußlandbericht eines Sozialdemokraten. „Was sagen die Sozialdemokraten über die russischen Gefängnisse?" Darüber spricht am Donnerstag der Rußland-Delegierte Max Vogel (SPD.) im Gasthaus „Zur Stadt Oels" (Schmidt). Arbeiter, besonders ihr sozialdemokratischen, kommt und hört die Wahrheit über Sowjetrußland. Rote Hilfe, Ortsgruppe Ohlau.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau.

— **Alle kommunistischen Metallarbeiter heute 19,30 Uhr im „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße.**

Rauscha. Ihr habt für Versammlung in Freiwaldau nicht den Tag ihres Stattfindens angegeben. Sofort mitteilen!

Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau.

— **Musikgruppe.** Dienstag 20 Uhr Musikprobe bei Heidenreich, Kreuzstraße 36, 3. Etg. Genossen, die Geige, Mandoline oder Gitarre spielen, können sich noch melden.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.

— **Abt. 3, Rote Jungfront.** Mittwoch 19,30 Uhr Kameradschaftsabend, Leninheim, Oelsnerstraße.

— **Abt. 4.** Dienstag 18,30 Uhr Spielleute bei Kaps.

— **RFMB.** Dienstag 19,30 Uhr „Stadt Wien", Malergasse, Kursus und Probe.

Freiburg. Mittwoch Antreten der Kapelle bei Kamerad Enge, Endlergasse.

Sonstige Organisationen

Freiburg, Arbeiter-Wassersportverein. Mittwoch 19,30 Uhr Generalversammlung.

Rote Revue LLL.

r. Am kommenden Freitag wird die in der L.-L.-L.-Feier zum erstenmal zur Aufführung gelangte „Rote Revue" wiederholt werden. Ueber Inhalt und Bilderfolge ist hier schon berichtet worden. Deshalb jetzt noch einige Bemerkungen zu ihrer Darstellung.

Diese „Rote Revue" ist ein Versuch, mit Arbeiterdarstellern politisches Theater zu machen. Wenn eine solche Aufführung den üblichen Dilettantenkitsch vermeiden will, muß sie den „Mann in der Bluse" einfach, natürlich, wenn möglich nicht isoliert, sondern als Gruppe auftreten lassen. Sie muß auf überflüssige Geste, Kostümierung usw. verzichten und das Spiel bewußt stilisieren. Dabei entsteht allerdings die Gefahr, in expressionistische Symbolik zu verfallen. Ein politisches Theater muß aber streng realistisch sein, wobei es, wie schon oben festgestellt, überflüssigen Naturalismus vermeiden kann.

Die „Rote Revue" unter Regie von B. A. Aust hat — abgesehen von kleinen Aufführungsmängeln, die an der Kürze der Vorbereitungszeit lagen und am Freitag wohl behoben sein werden — ihre Aufgabe als politisches Arbeitertheater durchaus erfüllt. Darüber hinaus stellt sie eine beachtenswerte Regieleistung mit ganz interessanten Lösungen dar. Besonders wirksam war etwa jene Szene, die ein visionäres Bild des Krieges durch Verbindung mit Schlachtfeldlichtbild, marschierenden Soldaten und Sprechchor gab. Rein textlich packend war eine weitere Szene mit ihrem geschickten Durcheinander von Durchhaltephrasen, Kriegsgesängen und revolutionären Parolen. In diesen Szenen spürte man durchaus einen neuen Regiewillen, der den engen Rahmen der Bühne sprengte. Film und Sprechchor malten den geschichtlichen und politischen Horizont der engeren Handlung. Besonders interessant und reizvoll am Textbuch war, daß die Personen Lenins, Luxemburgs und Liebknechts niemals selber auf der Bühne erschienen, obwohl in jeder Szene sozusagen ihr „politischer Atem" spürbar war. Das erhöhte ungemein die Spannung und löste, als ihre Bilder im Film erschienen, starken Beifall aus.

Es ist gewiß überflüssig, daß wir den Besuch der Revue allen Genossen und Lesern noch besonders empfehlen. Da die Aufführung am Freitag an Tempo und Geschlossenheit gewinnen und an Inhalt bereichert sein wird, lohnt sich bestimmt ein zweiter Besuch.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Unsere politische Propagandaarbeit verlangt nach neuen Wegen, neuen Methoden. Diese „Rote Revue" ist ein erster Versuch auf einem bisher wenig benützten Gebiet. Wir hoffen, unseren Genossen bald über weitere Pläne berichten zu können....

Lobe-Theater, „Die Erbschaft".

Ein Schauspiel aus dem Spanischen von Antonio Azpeitua. Ein ökonomisches Prinzip liegt dem Ganzen zugrunde. Der unbefriedigte Landhunger des kleinen Bauern. Der Dichter sucht die Lösung aber nicht in einer Umgestaltung der bestehenden ökonomischen Verhältnisse, davon weiß er nichts. Er macht das einfacher, er läßt den Helden seines Stückes das erforderliche Geld stehlen. Und alles ist gut. Eine moralische Rechtfertigung hat er auch bei der Hand, indem er seinen verdutzten Zuschauern die Verlogenheit und Schlechtigkeit der lieben Mitmenschen ad oculus demonstriert.

Der Besitzer der Solera, eines kleinen Gutes, findet mit seinen sechs Söhnen auf seiner Scholle nicht das für diese Personen notwendige Arbeits- und Unterhaltsgebiet. Ein Teil der Söhne muß sich deshalb als Tagelöhner verdingen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das Nachbargut der Juncal soll von seinem Besitzer, einem Bruder Leichtfuß, verschleudert werden. Die Solera-Besitzer möchten den Juncal gern erstehen, doch reichen ihre Mittel dafür nicht aus. Im rechten Moment stirbt im Dorf eine reiche Witwe an Cholera, niemand will die Totenwache übernehmen; der Vater der sechs, dessen Ehrlich- und Redlichkeit der Dichter betont, entschließt sich hierzu und eignet sich dabei das Barvermögen der Verstorbenen an, um so der Not seiner Söhne ein Ende zu machen. Der Dichter läßt quasi zur Entschuldigung die Erben der alten Frau, recht leichtsinnige Verwandte aus Madrid, auftreten, die sich habgierig auf die Behältnisse der Wohnung stürzen und dabei sich untereinander in die Haare geraten. Der Alte hat sich bei dem Aufenthalt im Hause der Toten mit Cholerabakterien infiziert und stirbt. Als Erbschaft hinterläßt er seinen Söhnen das gestohlene Geld und den Befehl, den Juncal zu kaufen.

Gerhard Ritter gibt den Vater bieder und männlich, mit Schollengeruk. Die Söhne, bis auf den ältesten (Josef Schaper), treten nicht hervor, sie sollen wohl als Ganzes wirken.

So wie der 1. und 3. Akt schleppend und für den Zuschauer voll trauriger Einschläferung ablieſen, war der 2. Akt lebendiger, die gruslige Szene im Hause der „Beerbten". Den Hauptanteil hieran tragen jedoch wohl die Darsteller dieses Gaunertrios, in dem Josef Keim als Heinrich überaus spanisch temperamentvoll, brutal und zynisch sich besonders hervortat. Magda Simon und Otto Ed. Haase vervollständigten das Kleeblatt. Die Inszenierung besorgte Dr. Engel.

Ich glaube, Herr Wilhelm Esten (der Uebersetzer) hätte diesen Dichter mit dem unaussprechlichen Namen ruhig in Spanien lassen sollen. Uns wäre nichts verloren gegangen. —ha—

Ufa-Theater. „Die große Parade." Ein amerikanischer Kriegsfilm, in den die Geschichte der Liebe zwischen Jim, dem amerikanischen Soldaten, und Melisande, dem französischen Bauernmädchen, hineingewoben ist. Das Drum und Dran der Handlung grenzt manchmal beängstigend nahe an die bekannten Schünzeliaden, wächst aber dann immer wieder zu Bildern von packender Gestaltung. Erregend bei jedem Auftreten die warme Körperlichkeit des Franzosenmädchens. Die Kampfszenen sind mit einer Realistik geschildert, wie sie bisher nicht zu sehen war. Und trotzdem auch hier noch Beschönigung. Die Wirklichkeit war tausendmal grauenhafter. Wahrscheinlich hat Herr Hugenberg die krassesten Stellen herausschneiden lassen, damit das blonde deutsche Gemüt keinen Schaden nimmt. Leider fehlt dem Film der soziologische Hintergrund, der den Wahnwitz und die Sinnlosigkeit dieser gigantischen Schlächterei 1914—18 erst deutlich erkennbar machen würde. Trotzdem: wer diesen amerikanischen Kriegsfilm und vorher vielleicht schon „Rivalen" und „Riff und Raff" bis zum Ende durchdenkt, der ist von der verlogenen deutschen Kriegsverfilmerei für immer geheilt. k.

Kammerlichtspiele. „Das Mädchen von Frisco." Eine ziemlich flache Angelegenheit. Die arme Tänzerin — im Unglück — vom Bösewicht (Charakterrolle von Louis Ralph gut dargestellt) verfolgt — vom guten, braven, reichen, schönen und liebenswürdigen Offizier — natürlich — gerettet. Wenn es anders käme, gäbe es kein „happy end". In Nebenrollen vertreten Henry Bender und Hermann Picha die humorvolle, Klein-Rogge die geheimnisvolle und Erna Morena die pikante Seite des Films. Im Beiprogramm ein Reisefilm: das schöne Leipzig, das unvermeidliche amerikanische Lustspiel und Deulig-Woche. H-b-l.

Weltbühne. „Der Jazzkönig von Neuyork." Ein spannender Kriminalfilm. Eine verliebte Millionärstochter will einen jungen, talentierten Komponisten heiraten. Doch die geplante Heirat wird durch eine verheiratete „Jugendliebe" zu stören versucht. Der Mann dieser Jugendgeliebten findet seine Frau in der Wohnung des Komponisten und ermordet sie aus Eifersucht. Der Komponist kommt wegen Mordes vor Gericht und wird von den Geschworenen zum Tode verurteilt. Durch einen Zufall wird jedoch der Mörder entdeckt, und der Künstler kann seine Millionärstochter heiraten. Im Beifilm entfesselt Harold Lloyd durch seine verrückte, jeder Situation gewachsenen Komik dauernd Lachstürme. E.

Waldenburger Bergland

Kreiskonferenz der Erwerbslosen

In der am 19. Januar vom Erwerbslosenausschuß Waldenburg einberufenen Kreiskonferenz referierte Kollege Sellig über die wirtschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Waldenburger Revier, die sich auf Grund der Stillegung von den Gruben im Oberen Revier immer mehr und mehr verschlechtert. Anschließend wurden Beschlüsse gefaßt, die für den Kampf der Erwerbslosen in Zukunft von großer Bedeutung sein werden. Einmütig kam im zweiten Punkt der Tagesordnung, wo Kollege Zylla vom Landesausschuß über die Verhältnisse im Reich und Bezirk berichtete, und an Hand von Beispielen zeigte, wie die Erwerbslosen, vertreten durch ihre Erwerbslosenausschüsse, in Zukunft mit Erfolg arbeiten können, in der Diskussion zum Ausdruck, daß auch in Waldenburg kein Mittel unversucht bleiben soll, um das Los der mit dem Hungertode kämpfenden Erwerbslosen nur einigermaßen zu lindern. Geschlossen stellten sich die Kollegen aus den Gemeinden auf den Standpunkt, daß die nächste Zeit dazu ausgenutzt werden muß, mit allen Mitteln Aufklärung unter die Erwerbslosen zu bringen, damit es nicht mehr vorkommt, daß sich Kollegen dazu hergeben, für billiges Geld sich beim Unternehmer anzubieten. Diese Erwerbslosen müssen zum Kampf erzogen werden, damit der Kapitalismus sieht, daß die Massenarbeitslosigkeit nicht zum Lohndruck, sondern zu einer Gefahr für das kapitalistische System führt. Besonders begrüßt wurde die Einberufung einer Landeskonferenz. Die Wahl des Kreis-Erwerbslosenausschusses erfolgte einstimmig. Es wurde als Vorsitzender Kollege Sellig, Waldenburg, gewählt, an den in Zukunft alle Zuschriften aus dem Kreise zu richten sind. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Die am 19. 1. 1925 tagende Konferenz der Erwerbslosenräte des Kreises Waldenburg beschäftigte sich insbesondere mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und seinen Auswirkungen. Sie stellt sich auf den Standpunkt, daß dieses Gesetz nichts anderes ist als eine Provokation der gesamten Arbeiterschaft, und gelobt, den schärfsten Kampf zur Beseitigung dieses Gesetzes zu führen. Die Erwerbslosen sind der Meinung, daß für die Opfer der kapitalistischen Privatwirtschaft der kapitalistische Staat zu sorgen hat und nicht die Arbeiter durch Versicherung. Bis zur Beseitigung dieses Gesetzes werden die Erwerbslosen für folgende Forderungen den Kampf organisieren und führen:

1. **Beseitigung der Karenzzeit für alle Erwerbslosen.**
2. **Herabsetzung der Anwartschaftszeit von 26 Wochen auf 13 Wochen.**
3. **Einrechnung jeglicher Krankenzeit in die Anwartschaftszeit.**
4. **Unterstützung aller jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.**
5. **Beseitigung der Strafbestimmungen.**
6. **Zusatzunterstützungen an alle Erwerbslosen der Lohnklassen 1 bis 6 aus Mitteln der Gemeinden.**

Groß-Waldenburg

Parteikursus in Altwasser. Heute Dienstag um 18,30 Uhr bei Timmermann Breslauer Straße 42.

Tödlicher Unfall bei Meyer-Kauffmann.

Unser Betriebsberichterstatter schreibt: In der letzten Zeit nimmt die Zahl der Unfälle in unserem Betriebe erschreckend zu. Vergangene Woche wurde der 70jährige Stuhlmeister Rö ner ein Opfer des Moloch Kapital. Er war bereits pensioniert, aber dann wieder eingestellt. Auf der Suche nach Ersatzteilen ging Rösner auf den Boden, trat aus Versehen in die offenstehende Lucke und stürzte aus einer Höhe von 6 Meter ab. Er blieb mit zerschmetterten Gliedern liegen und trug eine Gehirnerschütterung davon. Bereits am nächsten Tage war Rösner tot. Die Schuld an dem Unfall versucht die Firma einem Arbeiter zuzuschieben, der angeblich vergessen hatte, die Lucke zu schließen. Den Umstand, daß infolge des Antreibersystems die Arbeiter keine Zeit haben, die provisorisch auf der Lucke liegenden Bohlen wieder hinzulegen, berücksichtigt die Leitung nicht. Es ist Tatsache, daß eine richtige Schutzvorrichtung nicht vorhanden war. Auch charakterisiert es die Altersfürsorge der kapitalistischen Republik, daß ein 70jähriger Mann noch arbeiten mußte, obwohl Hunderte jüngerer Kollegen auf dem Straßenpflaster liegen.

Was die Okulus sieht und was sie nicht sieht.

Ein Kumpel von der Fuchsgrube in Weißstein schreibt uns: Da das Altholz, welches die Bergarbeiter als Deputat erhalten, weder hin noch her reicht, und die Kumpels infolge der Hungerlöhne nicht in der Lage sind, Brennholz zu kaufen, so sehen sie sich vielfach gezwungen, Holzabfälle nach Hause mitzunehmen. Infolge der schlechten Fahrung ist der Transport des Abfallholzes unter Tage mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die größte Schwierigkeit sind jedoch die Okulusbeamten, die bei Schichtwechsel alle Ausgänge der Schachtanlagen scharf bewachen und jeden Verdächtigen visitieren. Arbeiter, bei denen auch nur ein kleines Stück Altholz gefunden wird, werden zur Bestrafung gemeldet. Diese kleinen Holzstücke, die sowieso in der Grube verfaulen würden, sehen die Okulusbeamten. Sie sehen aber nicht, wie ein etwa 50 Zentner schwerer Schüttelrutschenmotor oder ein Schraubstock das Grubentor passiert, wie dies vor einem Jahre und jetzt vor kurzer Zeit vorgekommen ist.

Die Generalversammlung der Waldenburger Metallarbeiter fand am vergangenen Montag in der „Stadtbrauerei" statt. Der Geschäftsführer Daßler gab den Jahresbericht. In der Diskussion entwickelte ein Kollege den oppositionellen Standpunkt zur Gewerkschaftspolitik. Mit Stimmenmehrheit wurde Daßler wiedergewählt. Bei der Wahl der Ortsverwaltung schlug Kollege Scholz vor, in diese auch aus den kleineren Betrieben Vertreter hineinzunehmen. Der Antrag wurde abgelehnt. Der Vorschlag der Reformisten auf Wiederwahl der alten Ortsverwaltung wurde mit Mehrheit angenommen. Neugewählt wurde der Kollege Urban. Bei dem Bericht über die abgeschlossene Lohnbewegung im Bergbau sprach Daßler ähnlich wie Hofmann und all die anderen Reformisten von Erfolgen. Es liege nur an den Betriebsräten, die alten Leistungszulagen herauszuholen. In der scharfen Aussprache vertraten alle Redner eine gerade entgegengesetzte Auffassung. Zum Bezirkstage am 15. Februar wurde Daßler und ein weiterer Kollege aus der Ortsverwaltung gewählt.

* **Ein bemerkenswertes Urteil** fällte das hiesige Schöffengericht. Seit längerer Zeit befindet sich der Straßenteil an der Straßenbahnweiche Streckenbach in Ober-Salzbrunn in einem kaum passierbaren Zustande. Die Fahrzeuglenker fahren deshalb, um Achsenbrüche usw. zu vermeiden, an dieser Stelle auf der linken Straßenseite, die noch halbwegs passierbar ist, weil dort die Straßenbahngleise dem Pflaster einen Halt geben. Andererseits benutzen Radfahrer an dieser Stelle den Bürgersteig, um sich auf der Straße nicht Hals und Beine zu brechen. Die Ortspolizei jedoch wollte dies unterbinden, und um recht viele Anzeigen erstatten zu können, versteckten sich Polizeibeamte hinter einen Zaun und erwischten dadurch eine Anzahl Fahrzeuglenker bei der Ueberschreitung der Straßenverkehrsordnung. Der eine Polizeibeamte brachte sogar einen Waldenburger Kollegen zur Anzeige. Die Folge davon: es regnete Strafmandate. Einige der damit bedachten Fahrzeuglenker verlangten gerichtliche Entscheidung; sie wandten sich vor dem Waldenburger Schöffengericht gegen das Vorgehen der Polizei aus dem Hinterhalt und brachten zum Ausdruck, daß sie sich bei der Ueberschreitung der Verkehrsordnung in einer Notlage befunden haben, denn ohne Gefahr sei die Straße nicht zu passieren. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagten frei und brachte zum Ausdruck, daß es nicht zu einer Bestrafung kommen könne, wenn sich eine Straße in einem so unglaublichen Zustande befinde, wie das an der Streckenbachweiche in Ober-Salzbrunn der Fall ist.

Polsnitz. Gemeindevertretersitzung. Schon des öfteren wurde über das Volksfreibad gesprochen. Wer aber glaubt, daß bis heute irgend etwas Greifbares erzielt ist, der täuscht sich. Diejenigen, die es in der Hand haben, etwas geschehen zu lassen, haben ja die Möglichkeit, sich zu jeder Zeit zu baden oder ins Bad zu reisen, und deshalb werden gleich die hohen Kosten in Erwägung gezogen. — Beschlossen wurde, in den Siedelungshäusern Feuerlöschapparate anzuschaffen. — Die Arbeiter-Samariter-Kolonne hatte die Gewährung einer einmaligen Beihilfe zur Durchführung eines Ausbildungskursus beantragt. Schubert (KPD.) unterstützte den Antrag und schlug vor, 50 Mark zu bewilligen. Den Herren Mühlenbesitzer Conrad und Lehrer Vogel (bürgerl. Arbeitsgemeinschaft) war nicht einleuchtend, daß der Sanitätsdienst, wie er durch die hiesige Sanitätskolonne ausgeführt wird, nicht mehr den heutigen Verhältnissen entspricht und deshalb ein Teil der Bevölkerung sich zusammenfindet und ausbildet, um bei Unfällen schnelle Hilfe zu leisten. Wendrich (SPD.) unterstützte die Ausführungen Schuberts. Der Antrag wurde mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten auch die Arbeiter Ernst Kramer (HD.) und Nimptsch (Chr.) (Mitglieder der bürgerl. Arbeitsgemeinschaft). — Die durch die Weihnachtszuwendungen entstandenen Kosten sowie die von der Fürsorgekommission vorgeschlagenen Unterstützungssätze wurden bewilligt.

Liebau. RFB.-Nachrichten. Am 18. Januar fand die gutbesuchte Generalversammlung der Ortsgruppe statt, wozu auch Gäste eingeladen waren. Der Vorsitzende gedachte aller gefallenen Kämpfer der Revolution und skizzierte in kurzen Worten die politische Lage. Das Andenken unserer Toten wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Die Schalmeienkapelle spielte den russischen Trauermarsch. Dann folgte die einstimmige Wiederwahl des gesamten Funktionärkörpers. Den Schluß der Versammlung bildete ein eineinhalbstündiger Lichtbildervortrag: „Die Rote Armee und die Januarkämpfe in Deutschland". Besonders die „Rote Armee" war eine sehr gute Filmserie, welche gute Eindrücke gemacht hat. Der Wunsch, recht bald wieder einen Film zu sehen, wird bald erfüllt werden, da der Ankauf eines Apparates erfolgen wird. Allgemeines Interesse fand auch die Bücherecke. Unter dem flotten Marsch „Auf, Proletarier" wurde der Abend geschlossen.

Landeshut

* **Der Ochse im Schaufenster.** Ein Ochse, der zum Schlachthof transportiert werden sollte, war durch das Rattern eines Automotors wild geworden. Er attackierte das Auto und rannte dann in wilden Sprüngen in das Schaufenster eines Kolonialwarengeschäfts, das vollständig in Trümmer ging.

* **Eine Plantage im Kappland geerbt.** Der hier praktizierende Arzt Dr. Hartmann erhielt die unerwartete Nachricht, daß er der Erbe einer großen Plantage im Kappland geworden sei. H. beabsichtigt, seine ärztliche Tätigkeit aufzugeben und am 1. Mai sein Erbe zu übernehmen.

Niederschlesien

Görlitz

Donnerstag

20 Uhr, geht alles ins **Konzerthaus**

Reichstagsabgeordneter

Geschke-Berlin spricht!

Görlitzer Stadtverordnetensitzung

Das Theater bleibt in städtischer Regie. — Vorläufige Besoldungsregelung der Beamten. — Reduzierung des Wohnungsbaues. — Bevorstehende Eingemeindung von Gutsbezirken

In die Deputation für Angelegenheiten zum Schutze der Stadt Görlitz gegen Verunstaltungen wurde der Architekt Henschel gewählt. — Dem Ortsgesetz über die Unfallfürsorge für die Polizeivollzugsbeamten der Stadt Görlitz wurde zugestimmt. — Dem schloß sich die Beratung der vorläufigen Besoldungsordnung der Magistratsmitglieder, Beamten und Lehrer an. Unsere Genossen erklärten hierzu folgendes: Die endgültige Beratung, die voraussichtlich noch einige Monate dauern wird, wird uns Gelegenheit geben, grundsätzlich zur Beamtenbesoldung Stellung zu nehmen. Für heute beantragen wir, Gehaltserhöhung nur vorzunehmen von der Gruppe 4a ab. Weiter beantragen wir für den Fall, daß, wenn bei der endgültigen Festsetzung des Gehaltes Beamte in eine niedrigere Besoldungsgruppe eingestuft werden, eine Gehaltsrückzahlung nicht zu fordern ist von den Beamten der Gruppe 4a ab nach unten. Beide Anträge wurden abgelehnt, der erste gegen die Stimmen unserer Genossen. Für den zweiten stimmten auch die Sozialdemokraten.

Dann wurde über die Beibehaltung der städtischen Verwaltung des Theaters beraten. Dagegen sprachen die Vertreter der Wirtschaftspartei, die für Verpachtung eintraten. Stadtv. Höhne (Soz.) erklärte, die Sozialdemokraten seien für städtische Verwaltung. Genosse Ullrich wies darauf hin, daß die Vertreter der Wirtschaftspartei gar keine Argumente vorgebracht hätten, die für eine Verpachtung maßgebend wären. Tatsache sei, daß bei allen Pachttheatern neben der Verflachung des Spielplanes auch die Zuschüsse von Jahr zu Jahr stiegen. Wir sind vor allem für den Wechsel der Intendanz, den wir schon im vorigen Jahre gefordert hatten. Es muß unter allen Umständen versucht werden, das Personal während der Sommermonate unterzubringen und das städtische Orchester auf die halbe Stärke von 32 Mann zurückzuführen. Wir Kommunisten sind von Anfang an gegen den Umbau des jetzigen Theaters gewesen. Wir stimmen der Vorlage zu mit Ausnahme des Absatzes 3, der das Gehalt des jetzigen Intendanten rückwirkend ab 1. Oktober 1927 entsprechend der Gruppe 2b festsetzen will. Wir beantragen, das Gehalt wie bisher bestehen zu lassen. Der Antrag fand nur die Zustimmung unserer Genossen. Die Sozialdemokraten stimmten also hier entgegengesetzt ihrer Stellungnahme bei der Besoldungsvorlage.

Nach der Aenderung des Bebauungplanes Südwest kam die Interpellation der Sozialdemokraten über Wohnungsbau und Notstandsarbeiten zur Besprechung. Oberbürgermeister Wiesner gab zu, daß der größte Teil der Notstandsarbeiten, die im vorigen Jahre vorgesehen und bewilligt waren, liegenblieb. Gegenüber den im Vorjahre geplanten 500 Wohnungen sind in diesem Jahre nur 450 vorgesehen. Genosse Ullrich wies auf die Haltung der bürgerlichen Parteien im Haushaltsausschuß des Reichstages bei der Beratung des Wohnungs- und Siedlungswesens hin. (Siehe „A.-Z." Nr. 14.) Gegen die Verteuerung des Wohnungsbaues wurde von der Regierung nichts unternommen. Weiterhin behandelte er die Frage des Mieterschutzes, der Hauszins- und Wohnungsluxussteuer. Die Wirtschaftsparteiler meldeten sich darauf mehrere Male zum Wort und vergrößerten ihre Blamage.

Die Interpellation über den Stand der Eingemeindungsangelegenheiten wurde vertagt, weil demnächst eine Vorlage über Eingemeindung von Gutsbezirken kommt.

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde beschlossen, die Stelle der Leiterin des Jugendamtes in die eines Direktors des Wohlfahrtsamtes umzuwandeln. Gewählt wurde hierfür der Sozialdemokrat Giese aus Waldenburg. Ihm werden unterstehen das Jugendamt, das Wohlfahrts- und das Gesundheitsamt.

Genosse Adolf Mende gestorben. Aus den Reihen der Görlitzer Klassenbewußten Arbeiter hat der Tod den Genossen Adolf Mende gerissen, der einer Leuchtgasvergiftung erlag. Die Beerdigung findet am Mittwoch, 14,30 Uhr, von der Friedhofshalle aus statt. Um zahlreiche Beteiligung der Arbeiter und Arbeiterinnen wird ersucht.

Rauschauer Streiflichter. Bereits am Sonnabend kündigten wir an, daß wir uns mit den Verhältnissen in der Strelau-Berliner Glasfabrik etwas näher beschäftigen wollten. Bekanntlich hat sich diese Firma reichlich Eigenlob in einem Artikel in dem „Niederschlesischen Wanderer" gespendet. Wie sind die Dinge aber wirklich? Dazu wird uns geschrieben: Wenn sich die Leitung des Werkes darauf beruft, viele Hunderte von Erwerbslosen-Beiträgen zu leisten, so müssen wir andererseits feststellen, daß keine einzige Firma am Ort so rücksichtslos es weg hat, die Arbeiter aufs Pflaster zu setzen wie diese. Andere Glasfabriken beschäftigen ihre Arbeiter manchmal bei Ofenreparaturen usw. Aber die Metahütte hat das nicht nötig. Die Hälfte ihrer Belegschaft war ja erst vor kurzem wieder neun Wochen auf der Straße. Wie wäre es denn, wenn bei plötzlichem Arbeitermangel die wohlgenährten und robust aussehenden hohen Beamten einmal die Schippe in die Hand nähmen und es versuchten? Der Betriebsleitung noch zur Nachricht, daß wegen der Nichtlieferung der Kohlen noch kein „Bedürftiger" erfroren ist. Man gebe den Arbeitslosen Arbeit und menschenwürdigen Lohn, und Almosen werden dann überflüssig. Im übrigen hat sich die betreffende Firma an höherer Instanz beschwerdeführend über die, nach unserer Meinung treffende Antwort des hiesigen Arbeitsvermittlungsstellenleiters gewandt, mit dem Erfolg, daß den drei Kollegen vom Arbeitsamt Görlitz prompt die Arbeitslosenunterstützung auf vier Wochen gesperrt wurde. Auf Grund des Eingreifens von Gemeindevorsteher Mädler unterblieb aber diese Maßnahme, die eine beispiellose Härte für die drei arbeitslosen Kollegen bedeutet hätte.

Zum Schluß ein Bild von unserer Dorfzeitung. Sie ist das Organ derer, die auf die Dummheit anderer spekulieren, und derer, die eben nicht alle werden. Es ist „parteilos", (das wird durch Heraushängen des schwarzweißroten Fetzens bei jedem nationalen Rummel) bestätigt. Es gibt noch viele Arbeiter, die die geistige Kost dieses Käseblattes genießen. Wir rufen ihnen zu: Hinaus mit diesem deutschnationalen Dreckblatt aus Eurer Wohnung und werdet Abonnenten der „Arbeiter-Zeitung".

Ueber 1600 Erwerbslose in Rothenburg OL. Die Arbeitsmarktlage. In der Berichtswoche stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 1582 auf 1626, die der Unterstützungsempfänger von 1004 auf 1043. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen ist von 132 auf 80 gesunken.

Goldberg-Haynau

Wenn keine Schranke vorhanden ist

Zwei Personen vom Zuge getötet

Am Sonntag um 13,50 Uhr wurde der Personenkraftwagen des Fahrradhändlers Paul Busch aus Goldberg auf dem unbewachten Chaussee-Uebergang zwischen Friedeberg und Birkicht, der Nebenbahn Greiffenberg—Friedeberg, vom Personenzug 13 überfahren. Paul Busch und Walter Hübner wurden getötet; Marianne Hübner aus Kosendau ist schwer und Laengner aus Goldberg leicht verletzt worden.

Gründungsfest des Kraftsportvereins Vorwärts. Am Sonnabend veranstaltete die vor kurzem gegründete Kraftsportabteilung Vorwärts ihr erstes Stiftungsfest im Volkshause. Als Gäste waren Sportgenossen aus Liegnitz und Löwenberg erschienen. Das Programm wickelte sich vorbildlich ab. Besonders konnte von den sportlichen Vorführungen gesagt werden, daß sie vorbildlich waren und von dem Eifer der Arbeitersportler zeugen.

Aus dem Riesengebirge

Stadtverordnetensitzung in Hirschberg.

Aus der sehr reichhaltigen Tagesordnung wollen wir nur das Wesentliche hervorheben. Die Neuwahlen des Vorstandes ergaben dank der Bürgerblockmehrheit die Wiederwahl sämtlicher bürgerlicher Vorstandsmitglieder. Hinsichtlich der Erweiterung des städtischen Krankenhauses wurde ein Neubau mit Unterstützung des Kreises ins Auge gefaßt. Für den Umzug des Gewerbelehrers Tlustek wurden trotz Widerspruchs der Kommunisten 632 Mark bewilligt, obwohl die tatsächlichen Umzugskosten höchstens 250 Mark betragen! Ein Magistratsantrag, ein Gebäude im Grünbusch anzukaufen, gab Stoff zu einer längeren Debatte. Dabei zeigte es sich, welcher Schildbürgerstreiche die Behörden fähig sind. Eine Amtsbehörde hatte einer Frau die Erlaubnis zum Bau eines Gebäudes mitten im Walde gegeben. Als dieses in Betrieb genommen wurde, zeigte es sich, daß dies laut baupolizeilicher Vorschriften verboten sei, da die Feueresse nur wenige Meter vom Walde entfernt war. Infolgedessen sah sich die Frau genötigt, das Gebäude wieder zu verkaufen, und es fanden sich natürlich auch Stadtväter, die diesen Kauf empfahlen. In der Sitzung wurde es aber abgelehnt, da die Stadt unmöglich die Dummheiten anderer gutmachen kann.

In einem anderen Punkte forderte die hiesige Polizei ein neues Auto, um die Polizei „beweglicher" zu gestalten oder wie es in der Vorlage hieß, „um Umzüge und Demonstrationen begleiten zu können". Mit Recht wurde das von den Kommunisten abgelehnt. Sonst war bei allen Stadtvätern ein liebevolles Verständnis für die „Beweglichkeit" der Polizei vorhanden. Schließlich wurde die Vorlage bis zur Etatsberatung zurückgestellt. Der übrige Teil der Sitzung war angefüllt mit Geländetauschverträgen usw. Es schloß sich eine geheime Sitzung an.